

ALTERNATIVEN

Zeitschrift für eine ökologische, solidarische, basisdemokratische, gewaltfreie Gesellschaft

Nr. 65 -Winter 2008

MENSCHLICHE MARKTWIRTSCHAFT - DRITTER WEG

Beide Begriffe tauchten in Reden von Spitzenpolitikern während der Debatten zur Bankenkrise auf. Hatten diese das Gefühl, dass es um mehr als Spekulationen von Banken, sondern um eine Systemkrise geht? Die Bundeskanzlerin trat für eine Weiterentwicklung der Wirtschaft zu einer „**menschlichen Marktwirtschaft**“ ein und Matthias Platzeck, Ministerpräsident von Brandenburg, ergriff nach der Abstimmung im dortigen Landtag, bei der die LINKE, die im Bundestag mit den GRÜNEN das „Paket“ ablehnte, ihm dort zustimmte, zu einer Erklärung außerhalb der Tagesordnung das Wort. Laut „Berliner Zeitung“ sprach Platzeck „aufgebracht“ von „**der schwersten Bewährungsprobe der Weltwirtschaft seit 1929**“. Er sprach, so die „BZ“, „von Vorstandsetagen, denen Augenmaß, Vernunft und menschlicher Anstand abhanden gekommen sei“, von den „zerstörerischen Folgen eines entfesselten Kapitalismus, der die Menschen ratlos zurück lasse“. Sein Fazit: „**Wir werden gemeinsam mit aller Kraft nach einem dritten Weg suchen müssen!**“



Nur der DRITTE WEG der HUMANWIRTSCHAFT als Alternative zum (westlichen) Krisenkapitalismus und zum (östlichen) Ex-„Sozialismus“ begründet eine wahrhaft menschliche Marktwirtschaft!

Ohne den dritten geldpolitischen Weg zur gescheiterten Nachfrage- und Angebotspolitik linker und konservativer Regierungen und zu ihrem rot-grünen wie schwarz-roten Mix beider fehlerhaften Theorien gibt es keinen Ausweg aus den Banken- Börsen- und Spekulationskrisen der letzten zwanzig Jahre! Und ohne den dritten Weg eines Systemwechsels jenseits vom realen Krisenkapitalismus und jenseits des bereits gescheiterten sogenannten „Sozialismus“, **der sich in der Sowjet-Union als Staatskapitalismus entpuppte**, gibt es keine freiheitliche, sozial gerechte und solidarische Wirtschaft und keine ökologische und friedliche Erneuerung der Menschheit! **Wenn die Kanzlerin und der brandenburgische Ministerpräsident es mit ihren Worten ernst meinen, dann kommen sie um ein gründliches Studium des dritten Weges der Humanwirtschaft nicht herum. Die Regierung und die Parteien erhielten neben früheren – nicht beantworteten – Unterlagen bereits zu Beginn der Bankenkrise Informationen, die z.T. in dieser ALTERNATIVEN veröffentlicht werden.**

Sagten die Kanzlerin und ihre Partei nicht immer, diese Wirtschaft sei eine freie und soziale, also eine freisoziale Marktwirtschaft? Wäre das so, dann wäre es überflüssig sie sich als eine m e n s c h l i c h e Wirtschaft zu wünschen, dann wäre sie aus sich heraus schon menschlich. Dann wäre aber nicht zu erklären, dass in dieser Wirtschaft Millionen Menschen ohne Arbeit und ohne ein für ein menschenwürdiges Leben ausreichendes Einkommen sind. Und für diese Entwicklung trug die CDU 16 Jahre die Hauptverantwortung, den letzten Teil davon die Kanzlerin als Umweltministerin der Regierung Kohl. Als die CDU in der Opposition war, stimmte sie unter ihrer Parteichefin Angela Merkel für die **unmenschlichen und unsozialen HARTZ-IV Gesetze und die unsoziale Steuerreform des Herrn Eichel, die z.B. einen Einkommensmillionär mit 100.000 und eine Verkäuferin, beide ledig, mit 1000 € im Jahr entlastete.** Zwar trug rot-grün dafür die Hauptverantwortung. Aber geschieht unter der schwarz-roten Kanzlerschaft nicht alles, damit die Gruppen, die am unteren Rand unserer Gesellschaft zwar nicht wie in vielen Ländern der Welt am grenz sind. **Millionen Arme, besonders ihre Kinder, sind gesundheitlich bereits geschädigt und Urlaub und Klassenfahrt sind für viele unbezahlbar.** Heute, am 22. 10. meldet die LDZ-Leine Deister Zeitung- dass 3 Millionen Haushalte, meist Arbeitslose und Alleinstehende mit durchschnittlich 23.000 € total überschuldet und weitere 1,2 Mill. zahlungsunfähig seien. Was die Öffentlichkeit dabei noch nicht sieht: **Diese Schulden wachsen jeden Tag, auch wenn keine neuen hinzu kommen, lawinenhaft um Zins und Zinseszins an. Genau so aber auch die Forderungen der Gläubiger.** Auch die OECD-Studie, gleich darunter mit dem Titel „Arm und Reich driften stark auseinander“, berichtet, dass 2005 bei uns 10,5 – 11% , das sind fast 10 Millionen Menschen unter der Armutsschwelle leben, weiß aber von dem Schulden wie Reichtum vermehrenden mathematischen Vermehrungs“gesetz“ des Zinses nichts zu berichten

Der ZINS ist die Antriebskraft unserer eher unmenschlichen Wirtschaft. Er sorgt dafür, dass jedes Jahr ca. 90% des Volkes in den Steuern für die Staatsschuld, in den Preisen für die Schulden der Wirtschaft u. für private Schulden ca. 500 Mrd.=½ Bill. ZINSEN an die übrigen 10% zahlen m ü s s e n. **Ohne diese ZINSBEDIENUNG stellen die Gläubiger von uns allen ihr Geld der Wirtschaft, also uns, zum Arbeiten nicht zur Verfügung.** Und diese wissen – und damit kommen wir zum Anlass des Wortes der Kanzlerin - nicht, wo diese Geldvermögensmassen noch in normalen und zivilen Investitionen zu einem für die Geldaristokratie „rentablen“ Zins unterzubringen sind. Und dieser ist seit Jahren im Keller – bei und unter der Rentabilitätsgrenze von 3 – 2%. **Oberhalb dieser „Grenze“ gibt es nur noch Investitionen in der**

Rüstung, der Atom- aber auch GEN-Technologie oder es wird weltweit spekuliert. Und das führt weltweit zu abenteuerlichen „Finanzmarktprodukten“, wo Geld mit Geld gescheffelt, aber auch verloren wird. Letztes Glied in der Kette der Spekulation war der Run auf US-Immobilienwerte, in die immer mehr deutsche Banken auch mit dem Geld ihrer Sparer spekulierten.

Wünscht Frau Merkel wirklich eine menschliche Marktwirtschaft, dann bleibt nur noch der dritte geldpolitische Weg eines in seinem Umlauf absolut gegen jede Spekulation gesicherten Geldes, das der US-Notenbanker Marvin Goodfriend, auch das ist einige Seiten weiter nachzulesen, mit Hilfe von Durchhaltekosten auf Geld – auch Umlaufgebühr oder Geldsteuer genannt– in Übereinstimmung mit den Geldreformern, Dritte-Weg-Leuten und Humanwirtschaftlern - erreichen will. Dieser Geldsteuer kann jede/jeder durch Weitergabe des Geldes entgehen: Durch Käufe und an das Sparen gekoppeltes Investieren. Auch über Banken, die durch ein UMLAUFGELD zu einfachen Geldvermittlern entmachtet werden. UMLAUFGELD sichert reale Investitionen auch wenn der ZINS auf null sinkt und so die kapitalistische Ausbeutung der Arbeit beendet.

Das empfehlen wir auch Matthias Platzeck. Ihm war bei der Abstimmung über die Bankenrettung nicht wohl, sich damit doch zum Handlanger des Großkapitals zu machen, dem die Steuerzahler über die gewählten Volksvertreter wieder einmal aus der Patsche helfen und über die Verzinsung der dabei notwendig werdenden Staatsschulden deren Reichtum vermehren. Wir werden ihm dabei gern helfen. Für einen echten Systemwechsel jenseits der verbrauchten Altsysteme braucht es ebenso eines umlaufgesicherten Geldes wie zur Verhinderung der nächsten Spekulationswelle, die mit dem jetzigen Hort = Spekulationsgeld programmiert ist. Dass Matthias Platzeck – und andere – auf dem DRITTEN WEG des Systemwechsels nicht allein gehen würden, sondern 2/3 des Volkes auf ein politisches Signal warten, zeigt die SPIEGEL-Umfrage von 2005 auf Seite 1.

Wir rufen die Bundeskanzlerin und Herrn Ministerpräsidenten auf in ihren Parteien, in ihren Regierungen und in der Gesellschaft eine freie und offene Diskussion über die GRUNDLAGEN einer wirklich menschlichen Wirtschaft und eines echten DRITTEN WEGES zu den Altsystemen des Kapitalismus und des sog. Sozialismus zu eröffnen.

Für die Zeitung ALTERNATIVEN und die Liberalsozialen in den GRÜNEN Georg Otto, für die Bürgerinitiative A3W-ALTERNATIVE DRITTER WEG Eckehard Hollmann, für die HWP-HUMAN-WIRTSCHAFTSPARTEI Endre Zakocs, 2. Sprecher.

Die Krise

**Wenn die Börsenkurse fallen
regt sich Kummer fast bei allen,
aber manche blühen auf:
Ihr Rezept heißt: Leerverkauf.**

**Keck verhökern diese Knaben
Dinge, die sie gar nicht haben,
treten selbst den Absturz los,
den sie brauchen – echt famos!**

**Leichter noch bei solchen Taten
Tun sie sich mit Derivaten:
Wenn Papier den Wert frisiert,
wird die Wirkung potenziert.**

**Wenn in Folge Banken krachen,
haben Sparer nichts zu lachen,
und die Hypothek aufs Haus
heißt, Bewohner müssen raus.**

**Trifft´s hingegen große Banken.
Kommt die ganze Welt ins Wanken –
Auch die Spekulantenbrut
Zittert jetzt um Hab und Gut!**

**Soll man das System gefährden?
Da muss eingeschritten werden:
Der Gewinn, der bleibt privat,
die Verluste kauft der Staat.**

**Dazu braucht der Staat Kredite,
und das bringt erneut Profite,
hat man doch in jenem Land
die Regierung in der Hand.-**

**Für die Zechen dieser Frechen
Hat der kleine Mann zu blechen
Und – das ist das Feine ja –
Nicht nur in Amerika!**

**Und wenn Kurse wieder steigen,
fängt von vorne an der Reigen –
ist halt Umverteilung pur,
stets in eine Richtung nur.**

**Aber sollten sich die Massen
Das mal nimmer bieten lassen,
ist der Ausweg längst bedacht:
Dann wird bisschen Krieg gemacht.**

**Können die Vorgänge 2008 besser
beschrieben werden, als sie Kurt
Tucholsky 1930 in der damaligen
Weltwirtschaftskrise beobachtete und
In „Die Weltbühne“ veröffentlichte?**

Liebe Leserinnen und Leser

Kurt Tucholsky schilderte die Symptome der Weltwirtschaftskrise 1929 – 33 in zahlreichen Details so getreu, dass wir meinen, wir erleben sie heute wieder. Da reden uns Politiker und Wissenschaftler ein, die Lage von damals sei mit der heutigen nicht vergleichbar. Aber läuft die heutige Krise im Prinzip nicht ebenso ab, wie es Tucholsky für die damalige Krise sah? Auch der Vergleich der heutigen mit der Geldordnung der Antike in „Währungspolitisches Bordtagebuch“, in dieser Ausgabe zeigt: Die Grundzüge des von der Geldordnung geprägten Kapitalismus überdauerten 2500 Jahre. Auch überwölbte die Geldordnung ursprüngliche Bodenordnungen, was an den Reformen Solons deutlich wurde oder zerstörte sie wie in Rom.

Jetzt erleben wir eine Verschärfung der in den 70er Jahren einsetzenden Krise des alternden Nachkriegskapitalismus, die das Ausmaß der Weltwirtschaftskrise von 1929 – 33 annehmen kann: Diese führte bei uns direkt zur Aufrüstung, zum Krieg. In den USA über den Umweg der gescheiterten friedenspolitischen New Deal-Politik Roosevelts, finanzpolitisch mit der gescheiterten Nachfragepolitik sozialdemokratisch-linker Regierungen vergleichbar.

Heute kämpfen die Regierungen mit Rettungspaketen für Banken (Tucholsky lässt grüßen) und mit schuldenfinanzierten, die Klassenspaltung über Schuldzinsen steigernden Arbeitsprogrammen verzweifelt gegen das Abrutschen in die Totaldeflation an. Ganz richtig stellt dazu der junge Peter Zimmermann der jungen Humanwirtschaftspartei Sachsen im Bericht über dortige Presseresonanz der HWP fest, dass so der Kollaps des Kapitalismus nur zu verzögern ist. Erst vor Kurzem lernte er die Ideen Silvio Gesells kennen.

Die NWO Bewegung Silvio Gesells kann mit ihren wissenschaftlich, aufklärerisch und politisch arbeitenden und sich ergänzenden Gruppen noch nicht kursbestimmend in die politischen Kämpfe eingreifen. Sie kann derzeit nur richtungsweisend in Wissenschaft, Gesellschaft und Politik ihre Lösungen anbieten. Auch bei der Europa-Wahl 2009 und in Sachsen auch zu den dortigen Wahlen zum Landtag und Bundestag. Dabei kann es 2009 nur darum gehen, Anhängern der NWO bei einer E-Wahl erstmalig die Gelegenheit zu einer GRUNDSATZWahl zu geben, direkt eine NWO-Partei zu wählen, statt wie bisher das „kleinere,, Übel. Für viele NWO-Anhänger waren das lange die GRÜNEN, zumal einige Zeit deren LIBERALSOZIALE dort das NWO-Banner hochhielten. Die letzten grünen Wirtschaftsbeschlüsse stellen wir in Nr. 66 vor, ebenso die Anträge der Liberalsozialen zum Wahlprogramm 2009. Dafür bitten wir schon jetzt GRÜNEN-Mitglieder unter den Lesern ihre Bereitschaft zu erklären die Anträge zu unterschreiben, damit sie gestellt werden können. Außerdem können so die Schwachstellen und „Schwerpunkte,, der künftigen Arbeit ermittelt werden. Dann ist zu ermitteln, ob in Sachsen, wo A3W und HWP das Bündnis DRITTER WEG für HUMANWIRTSCHAFT schlossen, mit dem Begriff DRITTER WEG etwas mehr Stimmen zu holen sind als mit HUMANWIRTSCHAFT allein. Dazu bitte die DRITTE WEG Grafik auf Seite 1 und den Aufsatz „Namen sind nicht Schall und Rauch,, gründlich lesen! Damit aber wirklich NWO gewählt werden kann, müssen für die Wahlzulassung Unterschriften gesammelt werden. Helfen Sie dabei bitte mit und sammeln sie auch unter Freunden und Bekannten – schon jetzt – auch bei Treffen in der Weihnachtszeit. Wir legen Unterschriftenblätter bei, die Sie bitte bei Ihrer Gemeinde bestätigen lassen und an die Redaktion der ALTERNATIVEN 31079 Eberholzen, Gänseberg 11, einsenden wollen.. Sie können weitere Blätter selbst kopieren. freundlichst Ihr Georg Otto

An die Bundesregierung und an die Bundestagsparteien!

Sehr geehrte Damen und Herren!

Die jetzige Banken- und Börsenkrise ist nicht die erste dieser Krisen und wird nicht die letzte sein. Sie sind eingebettet in die Dauerkrise des Kapitalismus seit Anfang der 70er Jahre mit weltweiter Massenarbeitslosigkeit, Verschuldung mit drohenden Staatspleiten, mit immer schärferer Spaltung der Völker in immer mehr Arme bei zerfallendem Mittelstand und wenige Reiche und Superreiche. Der Verzinsungszwang der derzeitigen Geldordnung löste auch die rasante Zerstörung der Lebensgrundlagen der Menschheit, das Wettrüsten und die Kriege um die Schätze der Erde aus. Letztere besonders nach Zerfall des sog. Sozialismus, der eher Staatskapitalismus war, und dem Ende des Ost-Westgegensatzes, der mit seinem atomaren Gleichgewicht den Weltfrieden noch einigermaßen sicherte.

Die Absicht der Bundesregierung die Sicherheit der Ersparnisse durch den Staat zu garantieren ist sicher löblich. Der Schutz sollte auf Schulden des Mittelstandes und privater Häuslebauer erweitert werden. All dies darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Bürger letztlich selbst der Staat sind, die mit ihren Steuermitteln selbst die Sicherheit der Ersparnisse garantieren würden. Wenn Sie, geehrte Frau Bundeskanzlerin, laut. heutigen Pressemitteilungen mit der Bundesregierung dafür sorgen wollen, dass **„niemand befürchten müsse, e i n e n € der Einlagen zu verlieren“**, so haben Sie und die MinisterInnen offensichtlich einen sehr „toleranten“ Stabilitätsbegriff. Seit Jahren steigt das Preisniveau und erreichte diesjährig eine ca. 3%-Inflationsrate. Selbst die allerjüngsten Sparer, die ihre eventuellen Weihnachtsgeschenke von 100 € auf das Sparbuch brachten, verlieren schon in diesem Jahr 3 € ihrer Ersparnisse. 2009 können es schon 6 € sein. Und bei einem BIP von 2,423 Bill. € 2007 verlieren alle an dieser Leistungsbilanz in Dienstleistungen und Waren durch ihre Arbeit Beteiligten in ihren Einkommen bei 3% Inflation einen Kaufkraftverlust von ca. € 73 Mrd. Bei ca. 82 Mill. Bürgern sind das pro Bürgerin und Bürger fast 900 €. –Die Lohnerhöhungen decken diese Inflationsverluste nicht mehr ab und bei HARTZ IV Einkommen, Kleinstrentnern und bei anderen Verarmten wird eher gekürzt!

Auch bei uns ist nun das „Kind“ - zum wievielten Male eigentlich? – in den Brunnen gefallen. Im vorigen Jahr traf die Spekulationskrise die Sachsen-LB besonders hart und der dortige Regierungschef musste gehen!

Und nach dem Fall der Immobilienbank Hypo-Real Estate zieht die Regierung – wie in den USA - die Notbremse einer Rettungsaktion, die sich bis gestern bereits auf € 50 Mrd. hochschaukelte. Es mag sein, dass Sie, Frau Kanzlerin und die Damen und Herren Minister, damit kurzfristig eine „Schieflage des gesamten Finanzsystems verhindern“. Und wieviel diese Rettungsaktion uns als Steuerzahler kosten wird – das steht noch in den Sternen! Wir haben doch in den letzten Wochen bei den Diskussionen über den Haushalt 2009 gehört, dass keine eigenen Reserven vorhanden sind und noch einmal ca. 10 Mrd. € Kredite aufgenommen werden müssen. Und nun soll der Bund diese Rettungsmilliarden verkraften?.(Eine Woche später wurde das Paket auf 500 Mrd. in Form von Bürgschaften erhöht.)

Aber wieviel muss der Bund für die Rettungsaktionen und Konjunkturprogramme letztlich von den wohlhabenden Bürgern – gegen Zins natürlich –leihen und so die Staatsschuld erhöhen und die Klassenspaltung in arm und reich vertiefen? Und hatten nicht gerade die Superreichen durch ihre Spekulationen diese Krise erst ausgelöst und werden nun nachträglich über die nötig werdende höhere Staatsverschuldung zusätzlich auf Kosten der Steuerzahler erneut mit Zinsen belohnt?

Wenn die Rettungsaktion bei staatlichen Hilfeleistungen hängen bleibt, so ist das ein Freibrief für Manager von Banken, auch bei künftigen Spekulationen auf den Staat zu bauen! Es geht um die Verhinderung der nächsten Spekulationswelle. Dazu sind einige s o f o r t i g e Maßnahmen nötig, von denen bisher kaum die Rede war. Die Bürgerinitiative A3W schlägt u. a. eine Erklärung der Bundesregierung vor, die durch ein Gesetz des Bundestages und Bundesrates zu ergänzen ist:

- 1. Manager von Banken haften mit ihrem Privatvermögen für Spekulationsverluste.**
- 2. Steuergelder und Staatsschulden werden künftig nicht mehr zur Rettung spekulierender Banken eingesetzt.**
- 3. Zum Schutz der Sparer sind Sparen und reale Investitionen von spekulativen Bankgeschäften zu trennen. Banken dürfen sich dafür nicht an den Spareinlagen vergreifen können.**
- 4. Banken, die sich den dafür nötigen Kontrollen nicht unterwerfen wollen, werden zur Information der Sparer öffentlich benannt.**

Grundsätzlich ist eine neue Geldordnung nötig!

Solange Geld, das eigentlich nur zum Tauschen von Waren an vielen Stellen der Erde von den Menschen in vielgestaltigen Formen erfunden wurde, durch zeitweilige Nichtweitergabe (HORTEN), auch zum Sprengen des Geldkreislaufs missbraucht werden kann, sind Spekulations- Währungs und Wirtschaftskrisen und daraus entstehende Spannungen zwischen den Völkern, ja regelrechte Kulturzusammenbrüche nicht zu vermeiden.

Erst wenn sich Geld - auch ohne Zinsbedingung - der Wirtschaft zur Verfügung stellen muss - ist eine friedliche und dauerhafte, gerechte und ökologisch nachhaltige Wirtschaftsentwicklung zu sichern.

Im Kinderlied wurde diesem Grundsatz einer künftigen Geldordnung seit langem Ausdruck gegeben: „Taler, Taler, du musst wandern, von dem einen zu dem andern!“ Nur dann spendet Geld Segen. Kann „und darf es“ den Kreislauf „von dem einen zu dem andern“ unterbrechen, so kommt es zur Arbeitslosigkeit, zur Ausbeutung, zur Verschuldung, zum Unfrieden und Bürgerkrieg innerhalb der Völker und zu Kriegen zwischen den Völkern. Anlässe dafür lassen sich auch provozieren!

Die BI A3W – ALTERNATIVE _ DRITTER WEG - ersucht die Bundesregierung und die Parteien erste Schritte zu einem umlaufgesicherten Geld dadurch einzuleiten, indem sie

1. eine öffentliche Debatte dieser Grundsatzfrage ermöglichen, in der die wissenschaftlichen Vertreter eines umlaufgesicherten Geldes gleichberechtigt mit wissenschaftlichen Befürwortern des heutigen Krisen- und Ausbeutungsgeldes in einem Anhörungsverfahren auftreten können. U. a. schlägt die BI A3W den Geldanalytiker Helmut Creutz, Verfasser von „Das Geldsyndrom“ und Professor Bernd Senf, Autor von „Der Nebel um das Geld“ dafür vor.

2. Die Bundesregierung regt im Ministerrat der EU an, regionale Versuche mit umlaufgesichertem Geld in den Mitgliedsländern in Zusammenarbeit mit der EZB und Vertretern schon bestehender REGIO-GELD Ringe länderspezifisch, z. B. in der Bundesrepublik, durchzuführen. Dabei ist auch zu Zwecken des weiteren Studiums UMLAUFGELD zunächst als Zweitgeld einzuführen.

Die sehr guten Auswirkungen umlaufgesicherten FREIGELDES auf Arbeitslosigkeit und Gemeindefinanzen in der Region Schwanenkirchen/Bayern und rund um Wörgl/Tirol während der Weltwirtschaftskrise sind dabei heranzuziehen. Statt sie auf Österreich und Deutschland auszudehnen und so mit der Arbeitslosigkeit auch Hitler zu stoppen, wurden sie politisch und juristisch abgewürgt.

Auch das ca. 1150 von Erzbischof Wichmann von Magdeburg eingeführte Umlaufgeld, das sich in einer Generation in ganz Mitteleuropa durchsetzte und die 300-jährige Wirtschaftsblüte der Hanse und die Hochkultur der Gotik ermöglichte, beweist die positiven Auswirkungen eines Geldes, das der Arbeit dienen muss, statt die Arbeit zu beherrschen, auf Beschäftigung, Ausgleich zwischen den Gesellschaftsschichten und städtische wie bürgerliche Freiheiten. Der Wiener Religionsphilosoph Dr. Alfred Racek nannte diese Epoche in „Befreiungsphilosophie des Geldes“ den „dritten Weg zwischen Feudalismus und Kapitalismus“

Sehr geehrte Damen und Herren der Bundesregierung und der Parteien! Die jetzige Bankenkrise ist nur ein Glied in der Kette des Verfalls der Weltwirtschaft in der ca. 1970 einsetzenden Systemkrise des Kapitalismus. In der Bundesrepublik äußerte sich dieser Abstieg von der Vollbeschäftigung der 60er Jahre mit einem Tiefststand der Arbeitslosigkeit von 149. 000 im Jahre 1969 zum derzeitigen Zustand des „Sanierungsfalls Deutschland“, den die Frau Kanzlerin bereits vor einigen Jahren erkannte und so benannte. Mit den jetzt von der Regierung eingeleiteten Schritten kann das jetzt gerade zerbrochene Glied in der Kette dieses Verfalls für einige Zeit notdürftig geflickt werden, bis die Kette an anderen Stellen erneut reißt. Mit Flickarbeit ist die Systemkrise nicht zu überwinden. Die Bürgerinitiative A3W, deren Positionen von den Liberalsozialen in Bündnis 90/Die GRÜNEN voll unterstützt werden, ruft Sie auf die BRD an der ökonomischen Basis der GELDORDNUNG, ergänzt durch ein ökosoziales BODEN- und STEUERRECHT, zu sanieren! Zur näheren Information legen wir Ausführungen von Helmut Creutz und Prof. Bernd Senf bei und weisen auch auf die folgenden Ergänzungen zur Politik der Notenbanken gegen die Bankenkrise hin, die das Dilemma der Zentralbanken zwischen Inflation und Deflation wieder einmal verdeutlichen.

Mit freundlichen Grüßen! Ekehard Hollmann, Michael Krenz, Georg Otto, Vorstand der BI A3W. – Carsten Heine, A3W-Beauftragter für Sachsen, Kandidat zur EUROPA-Wahl der Humanwirtschaftspartei - HWP

I. Vom Dilemma der Notenbanken – oder: Man kann die Pferde zwar an die Tränke führen, aber man kann sie nicht zum Saufen zwingen! (nach JM. Keynes)

Nachdem die Regierungen in Sachen Bankenkrise -in den USA und nach ihrem Übergreifen auf Europa und die BRD – ihr Pulver verschossen hatten, meldeten sich die Notenbanken zu Wort. Immerhin ist der Regierung, in diesem Falle der Kanzlerin gut zu buchen, zur Beruhigung der Sparer deutliche Worte gegen die Geldgier von Bankenmanagern zu finden und deren Haftung für Verluste bei Spekulationen einzufordern, wie es die BI A3W in Punkt 1 ihrer Vorschläge forderte. Zu den Punkten 2,3 und 4 äußerte sich die Regierung nicht. Wir warten jetzt auf die Taten!

Am 9. 10. wunderten sich die Tageszeitungen, so die Leine-Deister-Zeitung - LDZ und die im Hauptteil von der Lüneburger Zeitung redigierte Blätter „Trotz Zinssenkung – Aktienkurse im freien Fall“, so macht dies das Dilemma deutlich, in dem die von den Notenbanken praktizierte Politik eines Geldes steckt, welches diejenigen, die es im Übermaß haben, es dem Geldkreislauf entziehen können und juristisch auch dürfen, wenn ihnen der Zinsertrag nicht mehr rentabel genug erscheint. Genau das provozieren die Notenbanken mit den Senkungen ihrer Leitzinsen, im Bereich der EZB um 0,5% auf 3,75%, (kurz danach um weitere 0,5%) um einen Wirtschaftsabschwung zu bremsen, der Internationale Währungsfonds-IWF- in Größenordnung der Weltwirtschaftskrise fürchtet. Das IFO-Institut stellte ihn für die Eurozone mit 0,2%

Rückgang im 2. Quartal 2008 bereits fest-. Dazu passt die Meldung vom 10. 10.: Der Export sank im August um 2% und Bosch-Blaupunkt Hildesheim arbeite wegen der Autokrise als Zulieferer für Elektroteile kurz.

Und genau 3 Monate vorher erhöhte die EZB den Leitzins um 0,5% um die Inflation zu bremsen, wozu sie nach eigenem Eingeständnis in ihrer Presserklärung im Juni 08 zuvor die Voraussetzung a) durch Diskontsenkung, b) durch Ausweitung der Geldmenge (M1) und c) darauf fußend durch Ausweitung der Kredite der Geschäftsbanken (M3) selbst geschaffen hatte.

Bei dieser Politik „raus aus die Kartoffeln“ zur Inflationsbekämpfung (Diskonterhöhung und knappes Geld) und „rin in die Kartoffeln“ zur Bekämpfung der Deflation (Diskontsenkung und billiges Geld) kommen die Zentralbanken in der Regel zu spät. Und verstärkt wird ihr Dilemma, in dem sie sich befinden **dadurch, weil mit einem Geld, über dessen Einsatz = Umlauf jede/r Wirtschaftsteilnehmer nach Gutdünken entscheiden kann, die jeweiligen Zentralbankziele geradezu unterlaufen werden können:** Bei der Inflationsbekämpfung durch die Auflösung vorher angelegter Bargeldreserven (Horte) und wenig bewegter Girokonten, was einer plötzlichen

Warum erreichen die Zentralbanken mit Zinssenkungen das Gegenteil ihrer Absicht der Konjunktur auf die Sprünge zu helfen? Weil das die Geldanleger direkt auffordert, wegen geringerer Renditen nicht zu investieren und lieber zu spekulieren. Und weil zum anderen die Unternehmen, die grundsätzlich an niedrigen Zinsen = niedrigen Kosten interessiert sind, in einer sich verstärkenden Krise dies eben nicht tun, sondern lieber abwarten, ob es nun aufwärts oder abwärts geht und dadurch auch an der Deflationsschraube drehen, woran sich die Arbeitnehmer als Verbraucher sehr bald mitbeteiligen, weil auch sie aus Angst, es geht weiter abwärts, sich mit Käufen zurückhalten und schließlich beißt sich die ganze Gesellschaft wie die Katze in den Schwanz der sich selbst verstärkenden Deflation, wie in den Jahren der rot-grünen Krisenverschärfung ab 2001. Mit dem Keyneswort in der Überschrift wollen wir sagen, dass in der Krise zinsniedrige Kredite nicht zum Investieren reizen:



„Die Pferde kann man d a n n eben nicht zum Saufen zwingen“ In der realen Welt müssen die Pferde saufen, Unternehmer aber müssen in der Krise keine

billigen Kredite annehmen! Das könnte sie ruinieren. Die Zentralbanken wissen eben nicht, dass heutige Geldpolitik zum größten Teil Psychologie ist!

Und bei der Deflationsbekämpfung durch billiges Geld, was die EZB gerade jetzt versucht, ziehen sich zuerst die großen Kapitale, auf die es entscheidend ankommen würde, wegen Nichtrentabilität aus der Verantwortung und versuchen in der Spielhölle der Spekulation ihr Glück und vertiefen so die Krise, so dass auch Unternehmen und Beschäftigte kurz treten und die Deflation, die Arbeitslosigkeit, verschärfen

Der Geldanalytiker Helmut Creutz verglich die Politik der Notenbanken mit dem Versuch eines Autofahrers mit abgefahrenen Reifen, verschlissenen Scheibenwischern, kaputtem Tacho im Nebel Kurs zu halten. Und er wurde vom Gouverneur der USA Zentralbank mit fast gleicher Beschreibung bestätigt. Es ist nicht so sehr ein Nichtkönnen oder Nichtwollen der Zentralbanker, dass sie die Wirtschaften nicht auf geradem Kurs zwischen Inflation, und Deflation halten können. Es liegt in an den dafür

unbrauchbaren Instrumenten eines Geldes, das vom Großkapital dem Geldkreislauf entzogen werden kann, auch um den Preis von Massenarbeitslosigkeit, Ausbeutung durch Zinseszins, Klassenkampf zwischen immer mehr Armen und wenigen Reichen, Verelendung der dritten Welt, Zerstörung der Umwelt, dem Zusammenbruch von Staaten und Kriegen um die Bodenschätze um die Weltherrschaft der Vormacht des Großkapitals, der USA, weiter zu sichern.

II. Von den Möglichkeiten mit Durchhaltekosten auf Geld den Geldumlauf und damit die Konjunktur zu sichern, Banken Krisen auszuschalten und die kapitalbedingte Struktur der Wirtschaft in Richtung Marktwirtschaft ohne Kapitalismus zu ändern.

Wir fügen diesen Betrachtungen zu den Reaktionen der Zentralbanken auf die Bankenkrise einen nicht veröffentlichten Leserbrief von Helmut Creutz an den „Spiegel“ hinzu, der schon vor 4 Wochen geschrieben wurde und ergänzen dies am Schluss mit seiner aufschlussreichen Tabelle zu den Fehlentwicklungen der letzten Jahrzehnte. Abschließend weisen wir auf den Aufsatz von Marvin Goodfriend, einem der einflussreichsten dreizehn Zentralbanker des US-Zentralbanksystems, des Gouverneurs der FED von Richmond, von 1999 hin, den wir jederzeit kopieren können. Dort äußert sich Goodfriend zu den heutigen geldpolitischen Möglichkeiten und der Notwendigkeit einer „Politik zur Überwindung der Nullgrenze bei Zinsraten“, die den „tumorartigen Selbstvermehrungseffekt“ (H. Creutz) des heutigen und seit Jahrtausenden tradierten Geldsystems in der von Geldreformern erstrebten neuen Geldordnung zum Stillstand bringen und die Welt wieder ins Gleichgewicht bringen kann.

H: Creutz schrieb: „So aufschlussreich Ihre Berichte über die Finanzmarktkrise auch sind, die Ursachen, die zinsbedingten Überentwicklungen der Geldvermögen, werden nicht angesprochen! Dabei wies die Bundesbank 1983 auf die problematische „Selbstalimentation der Geldvermögensbildung“ hin. So verdoppelten sich bei uns die Geldvermögen seit 1950 alle 10 Jahre und stiegen damit fünf Mal rascher an als die Wirtschaftsleistung! Während man in den ersten Jahrzehnten unserer Wirtschaftsepoche oft auf die ratenweise Zuteilungen der Kredite warten musste, haben die Banken heute die Schwierigkeit; die weiter wuchernden Geldvermögensmassen normal zu investieren. Daraus resultieren immer abenteuerlicher werdende Finanzmarktstrukturen, denen wir die sich häufenden Blasenbildungen und ihr Platzen zu verdanken haben.

Doch so fragwürdig und folgenschwer diese partiellen Vernichtungen der um den Erdball vagabundierenden und nach Selbstvermehrung gierenden Vermögensmassen auch sein mögen: Sie sind immer noch erträglicher als die letzte Möglichkeit der „Marktbereinigung“ durch einen Krieg, bei dem die überschüssigen Geldvermögen erst durch Rüstungsausgaben gebunden, danach zur „schöpferischen Zerstörung“ (Schumpeter) eingesetzt und schließlich durch Inflationen endgültig zerstört werden. Und dann beginnt das Spiel aufs Neue!

Verfolgt man die politische Entwicklung in unserer Welt, dann zeichnet sich diese Selbstzerstörung bereits wieder einmal ab – es sei denn, man käme endlich auf die Idee, den tumorartigen Selbstvermehrungseffekt unseres Geldsystems zum Stillstand zu bringen.

Über die geldtechnische Durchführung eines Geldes mit Durchhaltekosten

Dafür hält die geldreformerische Bewegung ein in seinem Umlauf gesichertes Geld, das gleichzeitig die Geldordnung, aber auch das Wirtschaftssystem **grundlegend im Sinne einer Marktwirtschaft ohne Kapitalismus ändert**, für notwendig. Als geldtechnisches Mittel dazu führte JM. Keynes den Begriff der Durchhaltekosten für Geld ein. Marvin Goodfriend stellt zunächst in einer Fußnote seines vierseitigen Papiers fest, dass nicht nur Keynes, sondern auch Fisher (1933), Dahlberg (1938) und Hart (1948) an dieser Frage arbeiteten und dass Keynes „Silvio Gesell würdigte, für seine Idee Geld mit Durchhaltekosten zu belegen, um die Ebene der nominalen Zinsraten zu senken“. „In einem kürzlichen Papier

haben Butler und Panigirtzoglou (1999) Gesells Idee, eine periodische Stempelgebühr auf Geld zu erheben, neu belebt. In einem dynamischen Modell zeigen sie, wie Gesell's Geldsteuer eine Modellwirtschaft aus der Liquiditätsfalle führen kann.“ Goodfriend setzt sich weiter mit der technischen Durchführbarkeit auseinander: „Selbstverständlich machen Techniken moderner Zahlungssysteme die Erhebung und Variation einer Durchhaltesteuer auf elektronische Bankreserven bei der Zentralbank durchführbar und praktisch. Mit einem so eingerichteten System würde die Nullgrenze aufhören, eine Schwierigkeit bei der Zinsratenpolitik zu sein. Wann immer das beabsichtigte Ziel für die Geschäftsbanken eine

Zinsrate von Null erreichen soll, könnte das politische Komitee eine tägliche Steuer auf elektronische Ausgleichsreserven erheben.“ Goodfriend hält „variable Durchhaltekosten auf Bankreserven“ für den Kern seines Vorschlags „zur Überwindung des Nullgrenzenproblems“. „Dieser sollte durch Systeme ergänzt werden, die eine Durchhaltesteuer auf Bargeld und Bargeldreserven ermöglicht.“ Durch sichtbare Magnetstreifen kann bei Einzahlungen auf ein Konto (und an der Kasse der Einkaufsmärkte, d. Red.) „die Durchhaltesteuer einfach abgezogen werden, entsprechend der Zeitdauer, die die Banknote seit der letzten Entnahme (aus dem Bankensystem –d.Red.) im Umlauf war“.

„In gleicher Weise könnte die Durchhaltesteuer auf Bargeld erhoben werden, das die Bank in Reserve hält“, so dass – Zusatz der Red. - auch die Banken unter Angebotszwang ihrer Bargeldreserven stehen und diese gegebenenfalls mit weiteren Zinssenkungen für die Wirtschaft in Richtung null in den Geldkreislauf schleusen müssen“.

Nach Auseinandersetzung mit weiteren Detailfragen urteilt Goodfriend: „**Die Durchhaltesteuer wäre ein machtvolle Abschreckung für das Horten von Bargeld.**“ Offenbar teilt Goodfriend nicht die Annahme, die den Geldreformern angesichts der heutigen elektronischen Zahlungssysteme von ihren Gegnern entgegengebracht wird, dass Bargeld immer bedeutungsloser werde und eine Geldreform eben an den modernen Zahlungssystemen scheitern müsse. Wie anfangs gezeigt wurde, will der Zentralbanker Goodfriend die elektronischen Bankreserven und das Bargeld Durchhaltekosten unterwerfen. Und gerade die modernen Zahlungsformen machen dies nach Goodfriend technisch durchführbar. Goodfriend weist noch die Zweifel von Keynes zurück, der grundsätzlich für Durchhaltekosten auf Geld eintrat, dass diese nicht praktikabel sein könnten, weil Ersatzformen des Geldes an dessen Stelle treten könnten, die dann weiter mit einem Liquiditätsvorteil ausgestattet seien wie Edelsteine, Gold, Schmuck Devisen. Dieser Einwand braucht heute eigentlich nicht mehr berücksichtigt zu werden. Berliner Geldreformer machten in einer Diskussion mit Keynes klar, das auf jedem Falle das Geld im Umlauf sei und es reine

Goodfriend fordert die Federal Reserve, also die US-Notenbank auf, „ein Gesetz zu erstreben, das ihr die Macht gibt, eine Durchhaltesteuer aufzulegen, ... um ihren Auftrag – Vollbeschäftigung bei stabilen Preisen – zu erfüllen“.

Bereits zu Beginn seiner Ausführungen machte Marvin Goodfriend klar, dass die Federal Reserve Durchhaltekosten, wie er es zum Schluss noch ausdrücklicher formuliert als „Benutzergebühr von Zeit zu Zeit braucht, „um ihren Auftrag zu erfüllen“. Der Hinweis der Redaktion, dass Geldnoten mit einprogrammiertem Datum der letzten Entnahme aus dem Bankensystem die jeweils fällige Durchhaltesteuer an der Kaufhauskasse elektronisch zugerechnet werden kann, war mehr für die Geldreformer, vor allem bei uns gedacht, die immer noch eine ständig erhobene Umlaufgebühr für notwendig erachten. Andere, wie der vom verstorbenen Hermann Benjes bei Umbenennung der FSU in HWP gegründete DFB-Deutscher Freiwirtschaftsbund erklärt in jedem Rundbrief eine Organisation zu sein, die jeder Verwässerung der ursprünglichen Ideen Gesells entgegentritt. Damit wird jede Weiterentwicklung der Ideen Gesells, wie sie im wissenschaftlichen Bereich der USA durchaus stattfindet, bei uns an der Volksbasis erschwert und ebenfalls das Bemühen unserer Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft (SG) auch bei uns die Ideen Gesells in wissenschaftliche Diskussionen einzubringen. Vielmehr sollten sich die an der Volksbasis wirkenden Gruppen dabei stärker auf unsere wissenschaftlich arbeitenden Gruppen stützen, wie es z.B. die BI A3W tut

Die Positionen Goodfriends nähern sich stark an die bei uns vertretene Weiterentwicklung der Ideen Gesells an, wie z.B. dem von Karl Walker schon vor Jahrzehnten vertretenen Seriengeld oder dem Vorschlag von Helmut Creutz nur von Zeit zu Zeit, nämlich bei Bedarf, z.B. einer drohenden Rezession, eine Nutzungssteuer auf Geld durch gebührenpflichtigen Umtausch vor allem der größeren Geldstückelungen zu erheben. Wie von Helmut Creutz hervorgehoben, würde diese Methode der schockartigen Erhebung der Umlaufgebühr vor allem die kriminell arbeitenden Steuerhinterzieher des illegalen Waffen- Drogen-Frauenhandels stark treffen. Auch Goodfriend sieht „dass die Untergrundwirtschaft sehr stark auf Bargeld beruht, so dass die Besteuerung des Bargeldes kriminelle Aktivitäten bestrafen und abschrecken werde.“ Die BI A3W hat dem Vorschlag von Creutz schon immer zugestimmt, dass bei Vorlage größerer

Privatsache sei, wenn jemand Edelsteine, Gold – oder im „Wert“ steigende Weine mit GELD Kaufte und horte. Der Krieg unterbrach diese Diskussion, die auch danach bis zum baldigen Tod von Keynes nicht fortgesetzt werden konnte. Ein Hinweis darauf findet sich in Walkers Text „Marktwirtschaftliche Überwindung des Kapitalismus“.- Interessant sind auch Goodfriends Auseinandersetzungen und Erläuterungen der Positionen der schon genannten modernen US-Geldreformer, die in Europa kaum bekannt sind. So fürchtete Hart (1948) die Öffentlichkeit zu stark mit der Möglichkeit „negativer nominaler Zinsraten“ zu schockieren und deshalb keine Zustimmung zu „schmelzendem Geld“ zu erreichen. Wenn sich andere Methoden gegen unzureichende Gesamtnachfrage jedoch als unwirksam erweisen würden, „wollte er sie dennoch in Betracht ziehen“. Goodfriend hebt seine eigenen Zweifel, Durchhaltekosten in einer Rezession einzuführen, auf: „Wenn die Kosten der Alternativen erklärt werden und die Kraft der Durchhaltesteuer zur Bekämpfung der Rezession verstanden wird, dann kann die Öffentlichkeit dazu gebracht werden, die Idee zu unterstützen“.

Summen ausgelosten Bargeldes die Banken den Umtausch gegen Erhebung der Gebühr und gegen neue Geldserien nur vornehmen dürfen, wenn eine Bescheinigung des Finanzamtes deren ordnungsgemäße Versteuerung bestätigt, das bei illegalen Geschäften sofort die Justiz einzuschalten hat.

Wichtig ist auch der antikapitalistische Impuls in den Ausführungen Goodfriends und auch Harts über den Zweck der Durchhaltekosten auf Geld oder des „abschmelzenden“ Geldes (Hart), und damit nicht nur die Konjunktur und Vollbeschäftigung zu sichern, sondern über diese auch die „Nullgrenze bei Zinsraten“ zu erreichen, also die kapitalistischen Elemente aus der Marktwirtschaft zu tilgen und so zu einer Einkommensverteilung zu gelangen, dass sich Einkommen nur noch aus eigener Arbeit und nicht mehr durch Ausbeutung fremder Arbeit – eben über Zins und Zinseszins – bilden können. Arbeitsunfähige, Kranke, Rentner sind in einer solchen Wirtschaft spielend mit ausreichend hohen Transfereinkommen zu versorgen, die ihnen nicht nur die Existenz, sondern auch die Teilnahme am Kulturleben der Gesellschaft ermöglicht, wie es auch Befürworter eines Grundeinkommens, einer Grundsicherung, wollen. Dabei ist angesichts der hohen Produktivität der Arbeit Vollbeschäftigung bei sehr niedrigen Arbeitszeiten möglich.

Eine Schwalbe macht bekanntlich noch keinen Sommer **und ein „guter Freund“ im US Notenbankensystem, signalisiert noch keinen Systemwechsel in der Politik der FED, die in der derzeitigen Banken- und Börsenkrise ebenso schwerfällig operiert wie die EZB. – und vor allem zu spät, wenn das Kind bereits in den Brunnen gefallen ist.** Aber Goodfriends Argumente über die Praktikabilität einer Geldsteuer nach Gesell und über ihre Notwendigkeit bei einem Zins nahe null. wie wir ihn in den USA in den letzten 10 Jahren, aber auch in Japan schon mehrfach sahen, den Geldkreislauf in Gang zu halten und einen totalen Absturz der Konjunktur zu verhindern, können uns helfen, bei der Verbreitung dieser Ideen unter Politikern, Bankern und Journalisten Hemmschwellen abzubauen, zumal Goodfriend eine Geldsteuer nicht nur konjunkturpolitisch, sondern auch systempolitisch betrachtet, um die Nullgrenze bei Zinsraten zu erreichen. **Und damit betritt Goodfriend als Notenbanker**

antikapitalistisches Terrain. Und das ist doch von anderer Qualität als die zwar richtige Systemanalyse des Kapitalismus des von der RAF ermordeten Dr. Martin Schleyer, Präsidenten des BDI-Bundesverbandes Deutscher Industrie, der den Kapitalismus verteidigend erklärte:

„GELDKAPITAL muss angemessen bedient werden, sonst stellt es sich der Wirtschaft nicht zur Verfügung“.

Goodfriend kann uns im Kampf gegen diese Diktatur des Finanzkapitals helfen, die erst dann zu überwinden ist, wenn die Nullgrenze bei Zinsraten durch Einführung von Durchhaltekosten, Geldsteuern oder Umlaufgebühren auf Geld erreicht sein wird.
zusammengestellt von der Redaktion

III. Was in den letzten 10 Jahren einkommenspolitisch in der BRD geschah und deutscherseits die Währungs- und Spekulationswirren mit verursacht.

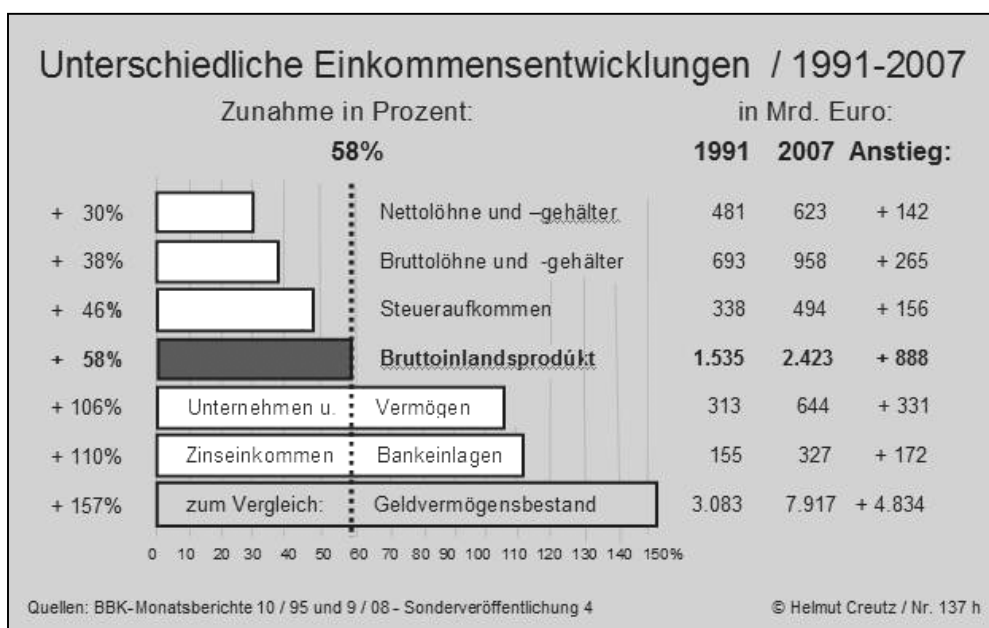
Das zeigt die Einkommenstabelle von Helmut Creutz, die er anschließend erläutert und die auch die Grundlage für seinen Brief an den SPIEGEL und für Stellungnahmen in anderen Zeitungen war, die mehrfach, u.a. in der „SZ-Süddeutsche Zeitung“ veröffentlicht wurden. Unsere Politiker christlicher, sozialer, aber auch liberaler Färbung (Ökologen finden sich wohl untr erstgenannten Färbungen wieder, der eine hier, der andere dort) sollten daraus erkennen, dass ein System mit derart gravierend auseinandergehenden Einkommen aus Arbeit und aus Kapital, also durch Zinsen sozial zum Klassenkampf, zur Revolution verurteilt ist. Und wenn die Revolutionäre, wie in der bisherigen Revolutionsgeschichte bewiesen wurde, selbst bei einigermaßen vernünftigen Regelungen im am Ausbruch vieler Revolutionen mit verursachenden Bodenunrecht, im Geldbereich aus Unwissenheit oder ideologisch verklebter Gegnerschaft zu

einer neuen Geldordnung, die heute bes. im „marxistischen“ Lager vorkommt, im Geldbereich alles so lassen, wie 1918/1919 die Bolschewisten in Rußland oder Fidel Castro in Kuba, dann entstand aus den „Gesetzen“ der Geldbewegung heraus eben nur Staatskapitalismus statt Sozialismus, der in Kuba oder der DDR durchaus auch einige menschliche und soziale Züge entwickelte, z. B. in der Gleichstellung der Frauen in der DDR, im Gesundheitssystem, das für Kuba sogar Eportartikel in die lateinamerikanischen Länder wurde. Aber das war schon im Altertum so, was im „Währungspolitischen Bordtagebuch“ in dieser Ausgabe, an der Bodenreform Solons gezeigt wird. Um Studium der Graphik und Lesen der Erläuterungen zu erleichtern, bringen wir beide auf der nächsten Seite und weisen hier auf die Bücher des Geldanalytikers Helmut Creutz hin, die auch über die Redaktion zu beziehen sind.

Seine Hauptwerke sind **„DAS GELDSYNDROM – Wege zu einer krisenfreien Marktwirtschaft“** Taschenbuch mit 627 Seiten und zahlreichen Graphiken und Tabellen zu € 20,- und zur Einführung **„Die 29 Irrtümer rund ums Geld“, die Einwände gegen das GELDSYNDROM aufarbeiten.** Gebunden mit 304 Seiten zu € 25,-. Beide auch als Hörbücher zu € 19,- und € 22,-. **„Wir brauchen ein neues Steuersystem“** (einfach, gerecht, zukunftsfähig), DIN A4, 12 Seiten, E. 2,-. 5 und 10 Ex. € 6 und 8. Restexemplare: **„Bauen, Wohnen, Miete - Welche Rolle spielt das Geld“,** € 10,- **Video zum 80. Geburtstag von H. Creutz: GERECHTES GELD-GERECHTE WELT,** 67 Min. € 13,-. **Alle Preise mit Porto. Bezug: ALTERNATIVEN, 31079 Eberholzen, Gänseberg 11 – mail: alternative-dritter-weg@t-online.de.** Flugblätter von H. Creutz werden beigelegt oder sind anzufordern, z.B. „Kapitalismus was ist das?“ (4 S.). „Pro Sekunde 1000 Mark Zinsen“ (2S.), Graphik: „Warum es Kriege gibt. (2S)

Erläuterungen zur Grafik Unterschiedliche - Einkommensentwicklung 1991 - 2007 von Helmut Creutz

Wenn in einer Volkswirtschaft das Bruttoinlandsprodukt (BIP) in sechzehn Jahren nominell um 58 Prozent wächst, dann können auch alle einzelnen Einkommensposten im gleichen Umfang zunehmen, womit jegliche Verteilungsspannungen vermieden würden. Wie aus der Grafik hervorgeht, trifft diese Anteils-Gleichheit in der Realität jedoch nicht zu: Der Anstieg der Bruttolöhne lag in den 16 Jahren nur bei zwei Drittel der Leistungssteigerung und die Nettolöhne waren sogar nur etwa zur Hälfte daran beteiligt! Mit diesem Zurückbleiben der Lohneinkommen reduzierten sich zwangsläufig die Möglichkeiten der Arbeitnehmer, die von ihnen vermehrt



geschaffenen Produkte auch selbst zu erwerben, was wiederum zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit beiträgt. Aber auch die Steuereinnahmen des Staates blieben mit einem Zuwachs von 46 Prozent deutlich hinter der Entwicklung der Wirtschaft zurück! Die Ursache dieser zurückbleibenden

Einkommensgrößen sind - wie aus der Grafik ebenfalls ersichtlich - vor allem die Überentwicklungen der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, in denen neben den erhaltenen Zinsen auch die Renditen des schuldenfreien Eigenkapitals zu Buche schlagen. Mit 106 Prozent nahm diese Einkommensgröße fast um das Doppelte der Wirtschaftsleistung zu, die Zinseinkommen aus den Bankeinlagen alleine sogar um 110 Prozent! Und zieht man die Größe der gesamten Geldvermögen zum Vergleich heran, so lag deren Zuwachs in den 16 Jahren sogar bei 157 Prozent

und mit 7.917 Mrd erreichten sie im Jahr 2007 bereits das 3,3-fache des BIP!

Wären die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen im Gleichschritt mit dem BIP angestiegen und damit nur auf 495 statt auf 644 Mrd, dann hätte man 2007 nicht nur die Bruttolöhne und -gehälter um 58 Prozent und damit auf 1.0195 Mrd erhöhen können, sondern es wären auch noch 12 Milliarden zur Aufbesserung der Staatseinnahmen übrig geblieben.

Fragen können an die Redaktion oder direkt an Helmut Creutz gestellt werden:
52062 Aachen, Monheimsallee 99, Telefon/Fax: 0241-34208 Mail: helmut.creutz@iit-online.de

Obamas neuer Finanzminister

Brandstifter wird Feuerwehrmann

[27.11.2008] Barack Obama, mit knapper Mehrheit neuer US-Präsident, stellte unlängst seinen neuen Finanzminister vor. Timothy Geithner, Chef der New Yorker Notenbank, soll den Ausweg aus der Krise vorantreiben. Doch ein unangenehmer Beigeschmack bleibt dem Betrachter...



Fast lautlos ist in den Medien die Verkündung der wohl wichtigsten Personalentscheidung der neuen US Regierung, wenn nicht gar der ganzen Welt, gemeldet wurden. In den Posten des neuen Finanzministers wird Timothy Geithner gehievt.

Der Chef der Federal Reserve Bank of New York (einem Ableger eben jenes, 1913 zusammengeschlossenem, Privatbankenconsortiums mit der "Lizenz zum Gelddrucken und Verleihen"), der damit lange Zeit auch oberster Amerikas Bankenaufseher war, hat schon 2001-2003 als Abteilungsleiter beim Internationalen Währungsfond (IWF) verhindert, dass die US - Finanzindustrie nach Schwachstellen untersucht wird. Er erkannte zwar, dass Kreditderivate und ähnliche "Finanzinnovationen" das "systemische Risiko verstärken könnten", scheute aber genauere Prüfungen oder gar schärfere Regulierungen, wie der "Tagesspiegel" berichtete. Selbst Mc Cain hätte Geithner höchstwahrscheinlich in sein Kabinett berufen, wenn ihm der Wahlsieg vergönnt gewesen wäre. Seit Ausbruch der Krise im Sommer 2007 war Geithner in fast alle Entscheidungen von Finanzministerium und Notenbank FED involviert, weiß die "Sächsische Zeitung" in einem kleinen Artikel zu berichten. Sein Auftritt in der Öffentlichkeit fällt zeitlich zusammen mit dem



Ausbruch der Krise. Ein Zufall ...? Ist er vielleicht der Mann fürs Grobe, den einflussreiche Kreise

ins neue Kabinett Obamas geschickt haben, um das kapitalistische System nicht nur weiter am Laufen zu halten, sondern auch zu "globalisieren"? Obama schätze seinen künftigen Finanzminister, weil Geithner für "solide Einschätzungen (der Krise - p.z.) und eine Fülle von großen, neuen Ideen" stehe. Spätestens hier dürften auch die größten Obama-Fans ihre Obama-Poster von der Wand reißen und verstehen, dass sich unter Obama gar nichts, rein gar nicht zum Besseren ändern wird.

Nicht viel anders sieht es bei der Besetzung Obamas für den neuen Chef des nationalen Wirtschaftsrates im Weißen Haus aus. Mit Lawrence Summers, der schon als Vizefinanzminister tätig war, holt er einen, der in 1999 die damalige strikte Trennung zwischen Geschäftsbanken und Investmentbanken aufgehoben hatte und damit die Finanzkrise als "Architekt" vorangetrieben hat. Seitdem dürfen auch normale Banken wild mit Wertpapieren und Derivaten spekulieren. Das Ergebnis sehen wir heute und morgen noch viel mehr. Nein, Geithner und Summers sind wahrlich nicht die Retter aus der Not der Finanzkrise. Es drängen sich weitere dringende Fragen auf: Wessen Interessen vertreten sie? Welche Ziele verfolgen sie? Wer sind die Leute im Hintergrund? Dass die US-Präsidenten mit riesigen Geldsummen ins Amt gebracht werden, ist lange kein Geheimnis mehr. Wer bringt die Präsidenten letztlich in ihr Amt - der Wähler? Die "Frankfurter Rundschau" nennt in ihrer Kolumne auch AIPAC und andere Lobbyisten. Wer sind die Männer im Hintergrund?

Folge der Spur des Geldes ! so sagt man ...

peter.zimmermann@humanwirtschaftspartei.de

Währungspolitisches Bordtagebuch

während einer Reise im östlichen Mittelmeer als die Bankenkrise stärker als Krise des Wirtschaftssystems erkannt wurde, kombiniert mit Parallelen der Antike (24.10. bis 9. 11. 2008)

Nach dem Start in Genua am 24. 10. 18 Uhr grüßte in der Nacht zum 27. 10. der immer aktive Stromboli mit kleineren Eruptionen, ehe die ALBATROS in die Straße von Messina einbog, in deren wilden Strömungen zwischen Skylla und Charybdis so manche römische Galeere mit Beutegold aus Karthago unterging – oder 300- 600 Jahre später Gold zur Bezahlung der Luxusimporte der reichen römischen Oberschicht auf dem Meeresgrund landete. Beide Vorgänge schlossen Aufstieg und Untergang des römischen Reiches ein.



Goldhorte und Goldexport für den Luxus der Oberschicht saugten Rom aus. Private und staatliche Schmuckbildung mit großen Goldmengen und die Bildung von Kriegsschätzen der griechischen Staaten im Heiligtum von Delphi, die Grundmauern der Schatzhäuser sind im Hintergrund zu sehen. Sie lagen unter dem Schutz der Götter bis zu ihrer Plünderung friedlich neben einander. Die dort lagernden Goldmengen beendeten die Hochkonjunktur in einer schweren Goldmangelkrise. Diese im löste den Krieg Spartas und Athens aus, in dem ganz Griechenland ausblutete.

Gold zerstört die Bauernkultur Roms, begründet die Weltmacht und zerstört sie.

Die riesigen Mengen Gold und Silber aus den Kriegen gegen Karthago besiegelten die endgültige Umwandlung der römischen Bauerngesellschaft in einen hochkapitalistischen und dennoch Sklavenhalterstaat mit Verelendung der Bauern und ungeheurem Reichtum der neuen Weltmacht und ihrer militaristisch-kapitalistisch-feudalen Oberschicht. Am Anfang stand noch der geringe Warenaustausch mit dem unhandlichen Viehgeld der Rinderbauern als Wertmesser: Pecus = das Vieh wurde zur Bezeichnung des Geldes und noch heute sprechen wir von pekuniären Verhältnissen. Mit dem Gold als Geld setzte die Zinswirtschaft, die Verschuldung und Enteignung der Bauern durch Großgrundbesitzer ein. Goldexporte in den Orient (durch die Straße von Messina), Angsthortungen vor den anstürmenden Germanen und Hunnen trieben die Deflation voran und konnten auch durch die Zwangs- und Staatswirtschaft Diokletians um 300 n. Chr. - und Zusatz von Kupfer ins Geld - nicht aufgehalten werden. Im 4. Jahrhundert zerbrach das Weltreich auch durch Gold = Geldmangel. Westrom wurde Opfer der Wandalen, die Spanien und Nordafrika eroberten Italien ging an die Ostgoten, die zwar von Ostrom, später Byzanz, vernichtet wurden. Dann musste Ostrom Italien den Hunnen überlassen. Diese räumten die Goldhorte und verschatzten sie in ihrer Festung zwischen Donau

und Theiss. Dort ruhten sie bis sie um 800 Karl der Große eroberte, sie teilweise vermünzte und eine – kurze – Blütezeit auslöste. Wie immer, wenn Gold als Geldstoff dient, kam es zur Hortung durch Schmuckbildung und Vorratshaltung für alle Fälle, sobald es den Bürgern gut ging und der Staat drehte fleißig an der Deflationsschraube mit. Die Parallele zu Perikles – 1000 Jahr früher – ist zu deutlich. Beide erlebten noch zu ihren Lebzeiten den wirtschaftlichen Niedergang. In beiden Fällen brachen ihre Reiche auseinander. Auch Rom lässt grüßen und nach Perikles erlebte auch der Makedone Alexander dieses Schicksal, der Erbe des Niedergangs von Athen.

Von der Banken- zur Systemkrise! Am 27. 10. kam mit den Bordnachrichten auch die „Deutsche Rundschau“ (DR) mit den wichtigsten Meldungen zur sich anbahnenden Weltwirtschaftskrise. **Die pessimistisch-visionären Gedanken von Kanzlerin und Ministerpräsident von Brandenburg** (Seite 1/2 dieser ALTERNATIVEN) **anlässlich des „Rettungspakets“ für die Spekulationsbanken, meist aus dem Staatssektor, waren verhallt** und statt großer Entwürfe wurstelte zuerst die SPD im organisatorischen Bereich mit dem Vorschlag von 2 statt bisher 8 Landesbanken herum.

Dass die Zusammenlegung von 16 Einzelwährungen zum EURO in Sachen Arbeitslosigkeit, Inflation, Zerfall der Völker in arm und reich, Staatsverschuldung alles verschlimmerte, woran SPD und GRÜNE 7 Jahre lang mit herumdoktierten, haben die Genossen entweder nicht mitbekommen oder vergessen. Ökonomen wie Prof. Bernd Senf (FHW Berlin) warnten damals diese Probleme mit Organisationshaspelei zu lösen statt mit einer im Grundsatz neuen Geldpolitik: **Wie sollte Währungs-gesundheit durch Vereinigung von 16 kranken Währungen entstehen, wenn man die Krankheitskeime aus den alten in die neue Währung übertrug**

Näheres in „Der Nebel um das Geld“ von Prof. Bernd Senf (FHW- Berlin) in seinen Warnungen vor dem EURO. Die Inflation betrug 2002 ca. 1 – 1,5%, stieg mit dem EURO auf 2% und ab 2006 auf ca. 3%, in der Eurozone gar auf 4%. Die Presseerklärung der EZB vom Juli 2008 sagt, dass die EZB durch Geld- und Kreditvermehrung und niedrige Zinsen daran mitstrickte. Sie erhöhte den Diskont gegen die mitverschuldete Inflation. Und die Arbeitslosen sanken vom Rekord unter Helmut Kohl mit 4,38 Mill. in der „Aufschwungphase“, in der rot-grün im Oktober 1998 ans Regieren kam, auf 3.85 Mill. 2001. – **Noch ohne EURO**, um dann im „Abschwung“ unter rot-grün 2005 auf die Rekordhöhe von 4,7-4,8 Mill. zu steigen – **jetzt mit EURO**. Und die 1,5 Mill. neuen Arbeitsplätze unter schwarz-rot wurden erkaufte mit **Nominalöhnen unter den früheren Löhnen und inflationär sank auch die Kaufkraft der Arbeitsplatzbesitzer, der Rentner und Sparer**. Die Zahl der Niedriglöhner, die so wenig durch Arbeit verdienen, das sie „steuerfrei“ wurden, stieg auf 6,5 Mill. Weitere 1,6 Mill. stocken ihre Niedrigstlöhne auf ALG II- Höhe als „Aufstocker“ auf.

Und jetzt hofft die SPD die nächste Bankenkrise durch organisatorische Trickserei abzufangen, ohne ihre Ursachen zu bekämpfen. Diese zeigt der Geldanalytiker Helmut Creutz („Das Geld-Syndrom“) auf Seite .10 ..der ALTERNATIVEN auf im 15-fachen Anstieg der Geldvermögen in den letzten Jahrzehnten gegenüber der realen Wirtschaftsleistung. Und diese Vermögen stammen nicht aus Arbeit ihrer Eigentümer sondern vorwiegend aus Zins- und Zinseszins, den 85% des Volkes an die 15% Nutznießer des Zinssystems zahlen müssen. Da müsste sich doch auch bei unseren Politikern die Frage aufdrängen, **wohin mit diesen Vermögensmassen armen Geldkapitalisten, wenn nicht in die weltweite Spekulation, denn in normalen**

Investitionen sind doch nicht mehr als mickrige 2 –3 - 4% Rendite zu holen: Und denkt kein Politiker daran, durch ein umlaufendes Geld alle in Horten lungernenden Gelder in die Investitionen zu treiben und dadurch Arbeit zu schaffen?

Marvin Goodfriend, Gouverneur einer der 13 US-Zentralbankstellen, der FED von Richmond, schlägt dafür eine Durchhaltegebühr auf Geld vor (kann man auch Geldsteuer nennen), der jede/r durch Kaufen oder „echtes“ Sparen = Investieren – auch über Banken, entgehen kann. Dadurch ist alles Geld im Umlauf und fürs Spekulieren bleibt nichts übrig, bes. wenn noch eine Devisenumsatzsteuer von 0,5 – 1% hinzukäme und Spekulationen ersticken würde.

Das wäre dann der dritte Weg der Geldpolitik gegen die schon unter SPD-Regierungen gescheiterte Nachfragepolitik und gegen die unter den Konservativen gescheiterte Angebotspolitik und ihrem rot-grünen wie schwarz-roten Mischmasch.

Am 26. 10. meldete die „DR“ Angela Merkel will auf dem Wirtschaftsgipfel der G20-Staaten Mitte November **einen Plan für ein neues Weltfinanzsystem vorlegen, in dem der IWF-Internationale Währungsfonds eine führende Rolle spielen soll.** Ob dabei über ein Geld diskutiert wird, das nicht mehr streiken und die ganze Welt nicht mehr unter das ZINSDIKTAT setzen kann. ist zweifelhaft. **Inzw. fand das Treffen statt und außer Spesen ist nichts gewesen, denn mit den vielfachen Kontrollen und Überwachungen, die bis zum nächsten Gipfel im April erörtert werden sollen, kann man ein Geld, das streiken kann, nicht an die Leine nehmen.** Und damit zerrinnt Angelas Merkels Traum von einer „menschlichen Marktwirtschaft“, (s. Seite 1-2), den sie kurz in der Regierungserklärung zum „Rettungspaket“ laut träumte, ins Nichts. **Und auch Matthias Platzecks Vision vom DRITTEN WEG hängt an einem Geld, das nicht streiken kann, sondern das umlaufen m u s s, wie es das Kinderlied verlangt: „Taler, Taler, du musst wandern, von dem einen zu dem andern“** Natürlich kommen noch einige Reformen dazu, z.B. ein ökosoziales Bodenrecht, das mit dem Bodenwucher aufräumt und ein Steuerrecht, das nicht mehr die Arbeit, sondern den Verbrauch, besonders den Umweltverbrauch besteuert.

Die Meldung vom 28. 10. weist für den Weltgipfel auch in die richtige Richtung: Prof. Hans Sinn vom IFO-Institut sieht **die „wirklichen Ursachen weltwirtschaftlicher Krisen im System begründet“ diese müssten „aufgedeckt und beseitigt werden“.** Leider hat Prof. Sinn bisher nicht zu erkennen gegeben, ob er die „Systemfehler der Wirtschaft“ auch im organisatorischen Bereich sieht oder ob er **das Geld als Basis der Wirtschaft so ändern will, dass es die Arbeit nicht mehr beherrschen und ausbeuten kann, sondern ihr dienen muss, auch ohne Zins, wie es Marvin Goodfriend von der FED sieht und will.**

Am 29. 10. wurde gemeldet, dass CDU-Fraktionschef Kauder sich mit den Plänen der SPD anfreunden kann, also auch im Organisationsbereich des Bankensektors hängen bleibt, **statt die Geldstrukturen krisenfrei zu machen.** Genau damit aber kann das gleichzeitig vom Statistischen Bundesamt festgestellte krisenfördernde Verhalten der Verbraucher eben nicht gestoppt werden: Im 1. Halbjahr 2008 stellt das Amt fest, **dass die Bundesbürger mit 11,3% um 0,5% mehr Geld auf die hohe Kante legten. Pro Bundesbürger 10 E mehr. Bei 82 Millionen Bürgern ist das ein Nachfrageausfall von 820 Mill. €. Damit registrierten die Bürger das Ende des Aufschwungs ½ Jahr früher als die Regierung und drehten damit am Deflations = Krisenrad mit und prompt meldete der Einzelhandel**

am 1. 11. für den September einen preisbereinigten Umsatzrückgang von 2,3%.

Zur Geldgeschichte Griechenlands. Nichts Neues gab es am 30. 11. an der heimatlichen Krisenfront.- Außerdem näherten wir uns Griechenland. Grund für eine Information über das Geld der Griechen. Das älteste Zeugnis dafür stammt vom Philosophen und Mathematiker Pythagoras, der um 500 v. Chr. starb. Mit dem Pythagorassatz habe ich mich als Schüler abgequält. Irgendwie habe ich doch kapiert, dass das Quadrat der Grundlinie eines rechtwinkligen Dreiecks den Quadraten der Seitenlinien entspricht.

Nicht lernte ich, dass der Philosoph über den sagenhaften Staatsgründer Spartas, der um 800 v.Chr. gelebt haben soll, sagte: **„Ehret Lykurg, denn er ächtete Gold und Silber, die Ursachen aller Verbrechen.“** Demnach gab es z.Zt. des Pythagoras bereits die negativen Einflüsse der Goldwährung erst auf die Wirtschaft, dann auf das Volksleben.

In der Tat: Sparta blieb von „modernen“ Entwicklungen Athens, in dem der Geldkapitalismus seine schädlichen Spuren tief in die attische Gesellschaft grub, mit seinem, dem Handel feindlichen Eisengeld verschont: Selbst für kleine „Werte“ benötigte man eine an Gewicht schwere Masse Eisen. Sparta bezahlte das mit einer Jahrhunderte dauernden feudalen Herrschaft der Großgrundbesitzer und einer „spartanischen“ Armut der Bauern, die eher Staatssklaven waren.

In Athen verschuldeten sich indes die Bauern bei Grundherren und Geldleuten, besonders bei Umstellung auf Wein und Oliven, die erst nach einigen Jahren Ertrag bringen. In der Zwischenzeit – zum Überleben - und auch für das Pflanzgut brauchten sie fremdes Geld. **Und wer Schulden hatte, dessen Land zierten die Schuldsteine der Gläubiger und wiesen sie als Schuldner aus.**

Infolge einer längeren Deflationsperiode sanken die Einnahmen der Bauern. die ihre Schulden bald nicht mehr verzinsen konnten **und die Bauern verloren ihr Land an die Gläubiger und mit der Unmöglichkeit auch die Schuld selbst zurück zu zahlen, wurden sie Schuldknechte ihrer Herren,** ein etwas milde Umschreibung für Sklaverei oder für das bei uns heute politisch heute belastete Wort Zinsknecht und Zinsknechtschaft. Völkische und Nationalisten, bei uns die NSDAP, haben aus der nüchternen Tatsache der aus kapitalistischen Geldverhältnissen entspringenden Verschuldung einerseits und des Überreichtums weniger andererseits eine rassistische Frage und für die Zinswirtschaft bei uns die Juden verantwortlich gemacht. Dabei war dies die Folge einer Währung, deren Grundlage, das Gold, man entweder findet oder man findet es nicht. Das bedeutet Goldinflation mit steigenden Preisen oder Golddeflation bei Goldmangel mit sinkenden Preisen. Das bedeutet Konjunktur mit Entschuldung der Bauern bei steigender Preisen oder aber Krise bei fallenden Preisen mit ihrer weiterer Verschuldung. Und das war auch in der Weltwirtschaftskrise so. Welchen Anteil daran die Goldwährung hatte, beschrieb Prof. Senf im Sonderdruck von Nr. 65 „Vor 75 Jahren Machtergreifung der NSDAP“ (€ 2,-)

Athen trieb um 600 einem Aufstand der Zinsknechte oder der Geldsklaven zu.

Politisch war Athen eine Oligarchie, Herrschaft der Reichen. Der Archont Solon trotzte zur Vermeidung des Bürgerkriegs 594/93 seinen Klassengenossen eine Reform der Verfassung mit Volksgerichten und Volksversammlung ab, vor allem hob er die Schuldknechtschaft durch Freikauf der Schuldsklaven mit Staatsmitteln auf und ging mit eigenen Mitteln beispielgebend voran. **Eine Neuverteilung des Bodens sollte ein**

Gleichgewicht zwischen Großgrundbesitz und freiem Bauernland schaffen.

Für Solon lebte Diogenes 250 Jahre und für Perikles 100 Jahre zu spät. Er war nicht nur der Philosoph der Enthaltensamkeit, der in der Tonne lebend, zeigte, wie wenig ein Mensch zum Leben braucht. Er lernte in der Bank seines Vaters das Geldwesen und lehrte es später an der Akademie in Athen. Er forderte als erster



ein Geld mit Umlaufsicherung aus dünnem Eisen. Warum es dann nicht zu horten ist, sondern umlaufen muss, möge sich der geneigte Leser bitte überlegen. Und für Zweifler schlug er vor, Geld aus den Knochen der

Schlachttiere zu machen – das sei auf jeden Fall umlaufgesichert! Solon wie Perikles hätten mit einem umlaufgesicherten Geld ihre Reformen, bzw. die Hochkonjunktur fortführen können. Und Sparta brauchte mit hauchdünnen Eisenblättchen als Geld nicht mit den handelsfeindlichen Eisenklumpen jede Entwicklung aus seiner Rückständigkeit heraus ersticken müssen.

Weitere Goldknappheit trieb die Bauern erneut in die Verschuldung. Solon hatte nur die **Folgen der Deflation und der Zinswirtschaft für eine Zeit wegreformiert, aber nicht ihre Ursachen in der Geldknappheit und der Zinswirtschaft erkannt und nicht durch eine goldunabhängige und zinsfreie Währung überwunden**. Daran änderte auch die Begründung der Demokratie 508 durch Kleisthenes nichts. Zwischen durch hatten die Bauern nach Solons Tod mit ihrem Führer Peisistratos eine volksverbundene Tyrannis errichtet, die die Lage der Bauern nur vorübergehend erleichterte. Wie in Rom zeigte sich auch in Athen, dass die ursprünglichen Bodenordnungen zerstört werden, sobald hortbares Geld in diese Gesellschaften eindringt.

Erst unter Perikles, der um 500 geboren wurde und 429 starb, begann die Blütezeit Athens, das perikleische Zeitalter. Nicht besondere währungspolitische Erkenntnisse verdanken ihm die Athener, die ihn 30 Jahre lang jährlich zum ersten Staatsmann der von ihm ausgebauten Demokratie wählten. Vielmehr nahm Athen den Makedonen das goldreiche Pangäon Gebirge nach der Vertreibung der Perser zwischen 500 und 480 ab. Dadurch stieg Athen zur Vormacht in Griechenland auf und der Goldzufluss bewirkte eine bisher unbekannte Hochkonjunktur, in der auch das einfache Volk der Handwerker und Bauern zu Wohlstand gelangte. Die Hochkonjunktur warf auch dem Staat enorme Einnahmen ab. Auch bildete sich das Bankensystem heraus. Der



Wohlstand führte zur Schmuckbildung: Götterstatuen wurden vergoldet. Die Stadtgöttin Pallas Athene soll in reinem Gold die Stadt geschmückt haben. Private wie der Staat legten Goldvorräte an. Dadurch wurde die Goldschwemme neutralisiert und eine Inflation verhindert. Später führte dies zu Mangel an umlaufendem Geld und zum Wirtschafts-Kollaps. Schuldige wurden in den Spartanern ermittelt.

Noch vor dem Tode Perikles brach 431 der Bruderkrieg gegen Sparta aus, der durch eine Entschätzung der Goldhorte verzögert werden konnte. Grundsätzlich konnte nur eine Entgoldung des Geldes den Frieden sichern. Der Krieg wurde mit solcher Erbitterung geführt, dass die ungeschriebenen heiligen Gesetze der Antike missachtet wurden. Brunnen und Oliven, die Lebensgrundlage der Menschen, wurden zugeschüttet, vergiftet, bzw. abgeholt. Der fast 30-jährige Bruderkrieg endete in der Erschöpfung Griechenlands, dem Verlust der Goldlager an die Makedonen, die mit dem Gold das Land ohne Krieg eroberten. Sie schickten ihre Goldesel in die Stadtstaaten, denen keine Mauern so dick waren, dass nicht doch ein Esel hindurch käme. So brachten sie die Stadtstaaten zum Abfall von Athen und unter Alexander wurden sie Herren Griechenlands.

Konjunkturelle Bremsspuren werden

stärker! Zurück in die Gefilde der aktuellen Krisenpolitik. Das Gerangel um die richtigen Berliner Antworten zur Krise nimmt allmählich Wahlkampfcharakter an – auch in der CDU/CSU laufen manche gegeneinander. CDU-Fraktionschef Kauder warnt die SPD und insgeheim seine Kanzlerin, die in einigen Punkten die bessere SPD-Politik machen will, vor zusätzlichen Konjunkturprogrammen. Was beschlossen wurde, sei erst mal genug und weitere Programme gefährden die Haushaltskonsolidierung, die ab 2011 keine Neuverschuldung vorsehe. Er hat insofern recht: Ohne Neuverschuldung gibt es keine Konjunkturlösungen. Diese würden auch die Spaltung in Zinszahler und Zinseinknehmer vertiefen. Natürlich muss der Staat für die künftigen Staatsgläubiger attraktive Zinsen bieten, um an ihr Geld zu kommen. Was derzeit auf dem Kapitalmarkt geboten wird, reizt weder zu investieren, noch dem Staat zu leihen, sondern eher zum Abwarten oder zum Spekulieren.

So die Lage um den Monatswechsel. Vom 4. 11. wird gemeldet, dass die Kanzlerin das Konjunkturpaket verteidige. „Es soll Brücken bauen in eine Zeit, wo wir vom selbsttragenden Aufschwung sprechen können. Hatten wir nicht im Vorjahr oft aus ihrem Munde vernommen, der Aufschwung trage? Und zwischen Haushaltsziel und Konjunkturprogramm sieht sie keine Widersprüche.“ Wir wollen das Ziel in der nächsten Legislaturperiode schaffen!“ Finanzminister Steinbrück dürfte nicht so zuversichtlich sein. Seine Steuerschätzer rechnen vielmehr mit 2,2 Mrd. minus gegenüber der Vorausberechnung für 2009 und in 2008 gebe es nur noch ein Steuerplus von 0,4 Mrd. Dem Steuerzahler dürfte von der Haushaltsdebatte von vor 6 Wochen noch in Erinnerung sein, dass 2008 zu den 10 Mrd. im Voraus berechneten Neuschulden 8 Mrd. draufgepackt werden mussten. Auch die EZB-Europ. Zentralbank dämpfte am 6. 11. den Optimismus der Kanzlerin: „Die drohende Flaute habe eine andere Qualität als bisherige Abschwünge.“ Die EZB sprach von „dramatischen Auswirkungen der Probleme im Bankensektor“-

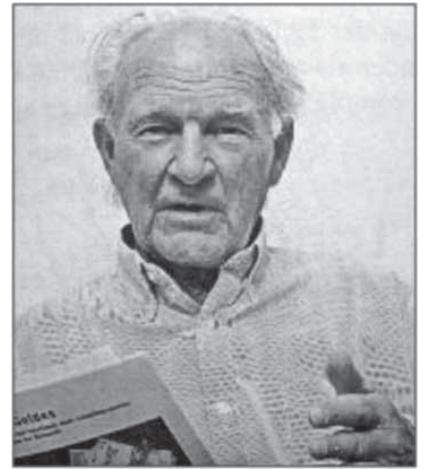
Anmerkung der Redaktion. Es standen im Rahmen dieser Nummer nur noch 3 Seiten zur Verfügung. So müssen die Betrachtungen zur Geldpolitik gerade in Kleinasien, unter Alexander dem Großen, aber auch der Blick auf die wohl größte wie erste Deflation der Weltgeschichte, die Joseph der Traumdeuter des Pharao für diesen organisierte, in Nr. 66 vertagt werden. ---Alle, die den vollständigen Text per Mail oder in Papierform früher haben wollen, erhalten ihn Mitte Januar. Bitte per Mail anfordern, in schriftliche Form gegen E. 3. Georg Otto, 31079 Eberholzen – alternative-dritter-weg@t-online.de .

Georg Otto

Politische Jugend in Großenhain unter'm Hakenkreuz und unter Hammer und Sichel

Die Erstschrift erfolgte für das Jubiläumstreffen zum 60. Jahrestag des Abiturjahrgangs 1947 der Oberschule Großenhain am 28. 4. 2007. Als Schüler der nach dem Kriege zunächst nicht eröffneten Wirtschaftsoberschule Riesa blieb mir im Herbst 1945 keine andere Wahl als über die Oberschule Großenhain das Abitur zu erlangen.

Mit geringen Veränderungen wird dieser Text aus Anlass meines 80. Geburtstages am 6. August 2008 vor allem für die Zeitschriften des liberalsozialen Lagers herausgegeben, dessen Ideen einer Gesellschaft ohne Unterdrückung und ohne Ausbeutung ich seit über 50 Jahren politisch vertrete und die ich in meiner Heimatstadt Großenhain 1946 oder 1947 kennen lernte, aber dort nur kurze Zeit in der Phase des Aufbaues der SED-Diktatur und unter Überwachung der sowjetischen Militärpolizei vertreten konnte. Der Text soll auch das Anfangskapitel der „Erinnerungen eines politischen Basisarbeiters“ werden, die ich nach meinem noch nicht gesicherten, sondern erst eingeleitetem Rückzug von mit viel Organisationsarbeit belasteter politischer Arbeit schreiben will. Arbeitstitel ist die Überschrift eines Interviews mit der SZ-SÄCHSISCHE ZEITUNG/Großenhain, von 2006, mit dem treffend mein politischer Weg beschrieben wurde: „Immer auf dem dritten Weg gewandelt“. nämlich auf dem Weg des LIBERALSOZIALISMUS jenseits der Ausbeutung des Kapitalismus mit seinen Scheinfreiheiten als Fassade der GELDHERRSCHAFT



(Finanzdiktatur) und jenseits des Staatskapitalismus mit seiner offenen Parteidiktatur, der genauso wenig Sozialismus war, wie der Kapitalismus keine (soziale) Marktwirtschaft ist. Das Bild ist aus der SZ. Das Interview stand mit einem Kommentar in ALTERNATIVEN Nr. 54/05 und liegt später dem Buch bei. Es ist ein glänzender Beweis dafür, dass Journalisten, wenn sie wollen, objektiv über den liberalsozialen DRITTEN WEG berichten können. Die SZ-Großenhain erhält daher auch als erste Zeitung das Recht, darüber ihre Leserschaft zu informieren.

In Riesa war an der Wirtschaftsoberschule 3 Jahre Unterricht auf Schmalspurbasis eines neuen Schultyps mit 13 Wochenstunden. So überstand ich in Großenhain Englisch und Mathe die 1 ½ Jahre bis zum Abitur nur am Tropf von Nachhilfe – bei den Lehrern, die als NSDAP-Mitglieder entlassen wurden. Das Abitur erhielt ich nur mit mehrfachem Augenzudrücken, sonst hätten mir auch meine Einser in Sport, Geschichte und Erdkunde nicht helfen können. Im Gegensatz zu mir hatte die Klasse, in die ich 1945 hineinrutschte, vollen Unterricht gehabt, obwohl sie seit 1942/43 als Flakhelfer zum Schutze der kriegswichtigen Braunkohle-Hydrieranlagen von Ruhland eingesetzt war – am Vormittag Unterricht, nachmittags militärische Ausbildung und nachts oft Kriegseinsatz an den Flak-Geschützen.

Meine politische Entwicklung begann als Zehnjähriger im Sommer 1938 mit der Eingliederung in das Jungvolk: Der wöchentliche „Dienst“ wurde von mir kaum geschwänzt. Vielmehr genoss ich das Leben als Pimpf mit Sport, Geländespielen, Heim-Nachmittagen und Lagerfeuern in vollen Zügen. Ich hatte ja auch gute Vorbilder in den Gruppen- und Fähnleinführern, von denen drei mit auf der Gustav Schubert Straße wohnten. Dieter Hänsel, Peter Mehlhose, Gottfried Beier. Sie wurden schon ab Mitte des Krieges zur Wehrmacht eingezogen. Dieter Hänsel starb schwer verletzt sehr früh, die anderen kamen aus dem Krieg nicht zurück. Höhepunkte meines Pimpfenlebens waren zwei Sommerlager, einmal am Kolm in der Dübener Heide und in der Sächsischen Schweiz. Zu diesem Lager marschierten wir mit dem Affen auf dem Rücken 10 km nach Merschwitz und fuhren von dort bis Bad Schandau mit dem Schaufelraddampfer elbaufwärts und hatten das Lager auf den Höhen über dem Kirnitschtal.

Herrschte in der Hitlerjugend für die 14-18-Jährigen und dem vorgeschalteten Jungvolk für die 10-14 Jährigen das Befehlsprinzip, so gab es in einer Frage ein zweifelhaftes Wahlrecht, nämlich sich auszusuchen, in welchem militärischen Bereich man später den „Heldentod“ sterben möchte. Bei der Übernahme in die Hitlerjugend wählte ich die Marine-HJ. Hans Klein hatte sie aufgebaut. Sie war eine Elite-Gruppe unter Großenhainer HJ-Einheiten, zackig, aber auch kameradschaftlich. Der Dienst lief sachorientiert und ziemlich unideologisch ab. Das war auch in den Wehrtüchtigungslagern für vormilitärische Ausbildung so.. Eines auf der Talsperre Kriebischstein mit dem Schwerpunkt Kutterrudern und das zweite 1944 auf der Halbinsel Hela mit Schwerpunkt Kuttersegeln und dem Befähigungsnachweis selbständig eine Marine- HJ Einheit zu führen. Auf der Fahrt fuhr ich durch Teile des von Bombenangriffen zerstörten Berlin. Damals tobte die Abwehrschlacht gegen die Sowjets an den Grenzen von Ostpreußen, nur noch etwa 300-200 km von Hela entfernt.

Nach den Sommerferien übernahm ich die Einheit. Ein Jahr zuvor wurde Hans Klein eingezogen und jetzt sein Nachfolger. Der Dienst lief im Sommer auf dem Jahn Sportplatz und im Winter in der Oberschule ab. Sport und alles was in Seemannschaft im Freien möglich war wie signalisieren mit Flaggen, gehörte zur Sommerarbeit, Morsen, Knoten, und Theorie zum Winterprogramm. Zum Rudern nutzten wir den Kutter der Riesaer Einheit. Noch war nicht der ganze Jahrgang 1927 eingezogen. So hatte ich es neben Gleichaltrigen und Jüngeren auch noch mit Älteren zu tun – aber das klappt besser, als ich befürchtet hatte.

Mit dem nächsten Einberufungsschub im Spätherbst wurde ich zur Weiterführung der Einheit zum HJ-Bann abkommandiert, Was hatte ich dort zu tun? Ich erinnere mich, dass es einen Berg von gesammelten Schiern noch aus dem Vorjahr gab, die auf Funktionsfähigkeit zu überprüfen und zu bündeln waren, ehe sie an die Ostfront geschickt wurden, wo sie wohl nie ankamen. Ende Januar bestand ich die mehrtägige Prüfung als Offiziersbewerber für die Kriegsmarine in Wien und wartete auf baldige Einberufung zur Kriegsmarine.

Während der Fahrt nach Wien stand beim Halt auf dem Bahnhof Dresden einige Gleise weiter ein offener Güterzug mit Häftlingen. Da ich noch nie etwas über Inhaftierung politischer Gegner oder von Juden gehört hatte, bildete sich bei mir die Vorstellung, es seien besonders schwere Kriminelle. Von der NS-Rassenpolitik bekam ich nur am Rande etwas mit, wenn ich bei meinen relativ wenigen Gängen in die Innenstadt an der Ecke Frauenmarkt-Dresdener Straße ab und an auf der Titelseite des dort ausgehängten „Stürmers“ las oder die Hetzbilder betrachtete, die keinen großen Eindruck auf mich machten. Der tägliche Weg zum Bahnhof schnitt das Stadtzentrum – und im Sommer fuhr ich viel mit dem Rad nach Riesa (20 km)

Am Morgen nach dem Angriff auf Dresden kam der Befehl zum Hilfseinsatz. Im Raum von Radebeul sollten wir eine Villa als Auffangstützpunkt für aus der Stadt Flüchtende einrichten. Noch herrschte großes Chaos und wir wurden erst mal in die Stadt geschickt uns im teilweise noch brennenden Dresden umzusehen. Dort stolperten wir durch rauchende Trümmerberge. An der Elbe geriet ich in einen Tieffliegerangriff. Schutz vor den MG-Garben boten die Gewölbe unter den Terrassen. In der nächsten Woche leistete ich Hilfe bei der Betreuung der Flüchtlinge.

Zurück in Großenhain wurden Panzergräben ausgehoben. Nach dem harten Winter kam sehr schnell warmes Wetter und wir hackten und schaufelten mit freiem Oberkörper. Die Marine HJ löste sich auf, der Rest meines Jahrgangs 28 wurde einberufen. Mitte März musste ich zum RAD-Reichsarbeitsdienst ins Lager Freitelsdorf bei Radeburg. Es war zum Bau der Autobahn Berlin-Dresden eingerichtet worden. Statt Arbeit mit dem Spaten, gab es Ausbildung mit Gewehr, Panzerfaust und Maschinengewehr.

Ende April geisterte das Gerücht durch das Lager wir sollten die Armee Wenk in der Schlacht um Berlin verstärken. Doch statt nach Berlin marschierten wir Anfang Mai in Richtung Tschechien und wurden von mit Panzern und Geschützen voll ausgerüsteten Einheiten, darunter die SS-Division Totenkopf, überholt. Viel später erfuhr ich von den Plänen des Aufbaues der Alpenfestung, von der aus die Wiedereroberung Deutschlands erfolgen sollte. Inzwischen war diese in der Hand der Amerikaner. Den Befehl der Heeresgruppe Mitte hatte Feldmarschall Schörner, der seine Einheiten wohl in Gefangenschaft der Amerikaner, die bis in den Raum Chemnitz vorgerudert waren, als in die der Sowjets führen wollte. Schörner war einer der drei Empfänger des politischen Testaments Hitlers, das außerdem an die Parteizentrale in München und an Großadmiral Dönitz als bestimmtem Nachfolger ging. Aus dem Buch von H.J. Fest über die letzten 100 Tage „Der Untergang“ erfuhr ich, dass viele unserer mehr schlecht als recht ausgebildeten RAD-Einheit, das Leben einer Befehlsverweigerung General Wenks verdankten. Nach der letzten Lagebesprechung im Hitlerbunker im fast eingeschlossenen Berlin am 22. April befahl Marschall Keitel General Wenk, Hitler herauszuhauen und mit allen Kräften auf Berlin zu marschieren: Nachdem Keitel den Befehlsstand von Wenk verlassen hatte, erklärte er seinem Stab, wir halten einen Fluchtweg über Potsdam Richtung Westen offen und zu Hitler: „Das Leben eines einzelnen ist jetzt nicht mehr von Bedeutung.“ Wenk befahl eine aus Flucht-Einheiten zusammengewürfelte Armee ohne Panzer, ohne Flak-Geschütze. Den Luftraum beherrschten sowjetische Tiefflieger.

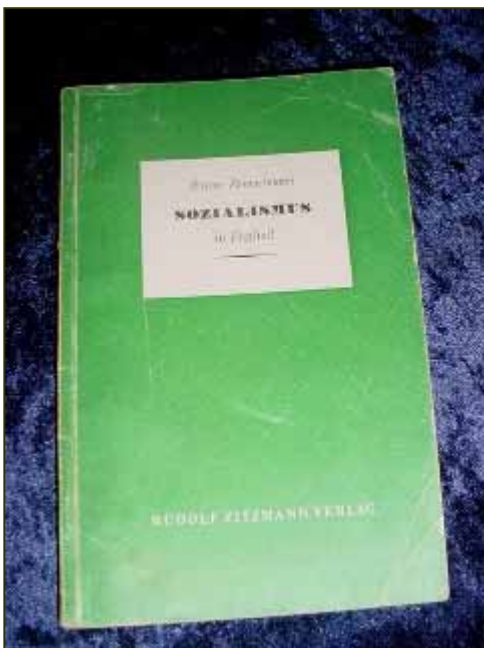
Die letzten Kriegstage lagerten wir an der Grenze und suchten ständig im Wald Schutz vor sowjetischen Tieffliegern. Dort verschoss ich vor Zorn über den verlorenen Krieg und ohne in ihm zum Einsatz gekommen zu sein, meine Munition in einen Baum. Am 9. Mai wurden wir beim Marsch an die Elbe im Raum Aussig von tschechischen Partisanen entwaffnet, trafen beim Marsch über das Erzgebirge mit russischen Truppen zusammen, die sich um die aufgelöste deutsche Armee nicht kümmerten- Erst vor Pirna wurde der Marsch in die Heimat gestoppt. In einem Gefangenenlager wurde der Transport in den Osten vorbereitet. Dank dreier von mir genutzter „Zufälle“ (Drücken vor der Totalrasur zum Schutz gegen Läuse und Krankheiten, Finden eines Schlosseranzugs eines ehem. Gefangenen der Deutschen) konnte ich auf dem Weg ins große Lager Hoyerswerda, einen Tag ehe sich dort die Lagertore schlossen, den dritten „Zufall“ nutzen, um der Gefangenschaft, für viele in den Tod (Typhus und Ruhr) und für viele noch Arbeitsfähige späteren Tod in den Bergwerken im Kaukasus, zu entgehen: Bei großer Hitze erlaubten die Bewacher, den Bewohnern von Strassgräbchen, Eimer mit Wasser auf die bewachte Wiese zu bringen. Einen etwa 16-Jährigen bat ich beim nächsten Mal mit zwei Eimern zu kommen; ich würde ihn in Zivil und mit vollem Haarschmuck erwarten. Das geschah und so konnte ich mit leerem Eimer an den Posten vorbei der Gefangenschaft und vielleicht einem vorzeitigen Tod entgehen. Später berichtete ein Riesaer Freund über die Lage im Lager Hoyerswerda.

Bis zuletzt und einige Zeit darüber hinaus war ich den uns gepredigten Idealen verbunden und war bereit mich voll dafür einzusetzen. Ich wäre stolz gewesen, als HJ-Führer am 20. April 1946 (Hitlers Geburtstag), mit 18 Jahren in die NSDAP aufgenommen zu werden. Gerade im Frühjahr 1945, in der Zeit des Endkampfes, schwankte ich mehrmals ob ich nicht meinen Vater wegen seiner Zweifel am Kriegserfolg, anzeigen müsste. Wenn er dies auch nicht nach außen verbreitete, so war es mir gegenüber das, was Wehrkraftzersetzung genannt wurde. Erst ab Sommer 1945, auch unter dem Eindruck von Informationen aus den Nürnberger Prozessen, die ich am Volksempfänger verfolgte wie mein Vater

vorher Feindsender hörte, darauf stand Todesstrafe, wankte mein NS-Weltbild. Es wurde mir bewusst, wie wir Jungen mit unserer Begeisterung für das Gute und Edle, das der Nationalsozialismus verkörpern sollte, für eine verbrecherische Politik missbraucht wurden, die bis in die Familien hinein zerstörerisch wirkte. Jetzt wurde mir auch klar: Es war kein Transport von Schwerverbrechern auf dem Dresdener Bahnhof, sondern Verlegung von Häftlingen aus östlichen Konzentrationslagern ins Reichsinnere. Später erfuhr ich aus Erinnerungen eines etwa gleichaltrigen Juden, dass in Auschwitz Mitte Januar im eisigen Winter eine Kolonne entkräfteter Häftlinge zum Marsch nach Gleiwitz aufbrach und die Überlebenden von dort Ende des Monats nach Buchenwald transportiert wurden. Noch funktionierte Dresden als verkehrspolitische Drehscheibe. Vielleicht war der junge Jude bei diesem Transport dabei.

Ab Herbst 1945 suchte ich politisch, stieß auf die LDPD, die Liberaldemokratische Partei Deutschlands und traf noch vor Eröffnung der Oberschule auf Christian Zeis. Er war für mich sehr wichtig bei der Erarbeitung eines freiheitlichen Weltbildes. Wir arbeiteten in den folgenden Jahren eng zusammen, er als Jugendreferent für den Kreis und ich für die Stadt. Wir traten für eine freie Jugendarbeit in der FDJ - Freie Deutsche Jugend - der späteren Staatsjugend der DDR, ein, wo wir es mit jungen, geschulten Kommunisten zu tun hatten. Eine Schwachstelle des "Liberalismus" setzte mir zu. Er gab keine Antwort, warum er gleichzeitig Kapitalismus war und ist, dass der Wettbewerb, wie die Kontrahenten schlüssig darlegten, unter Kapitalzwängen nach jeder Konzern- und Monopolentflechtung, wie sie nach dem Kriege angedacht wurde, erneut zum Kapital-Monopolismus führt. Im Winter suchte ich nach Antworten im „Kapital“ von Karl Marx. Ich weiß noch, wie ich, die Füße am Kachelofen, den Stuhl gekippt, nach jeder Seite nicht mehr wusste, was ich gelesen hatte. Nach 100 Seiten gab ich auf. Später las ich, dass es führenden Marxisten auch so ging: Liebknecht Vater, August Bebel, u.a., die nach 2 Seiten Marx an die frische Luft mussten. 20 Jahre später, geschult am Liberalsozialismus Silvio Gesells, konnte ich Marx verstehen und einige seiner Widersprüche erklären, die diesen Sozialismusversuch staatskapitalistisch scheitern ließ. Dabei gibt es bei Marx auch liberalsozialistische Argumente.

Verschiedene berufliche Überlegungen ließen sich nicht realisieren: Es gab keine Handelsschiffe mehr, Förster, von meinem Großvater abgefärbt, war Fehlanzeige wie Volontär auf einem Gut. Die Forstämter wurden neu organisiert, die Güter aufgelöst. Es blieb nur die Oberschule Großenhain. Politische Arbeit konnte ich mir eigentlich nicht leisten, zumal der tägliche Kampf ums Überleben zu leisten war. Hilfe beim Heranschaffen der nötigen Lebensmittel für die Familie – die Lebensmittelkartenration reichte ja nicht. Zusätzlich zum Hausgarten musste ein Stück Land urbar gemacht und bearbeitet werden. Und ein bisschen Freizeit wie Singen im Jugendchor von Klaus Scheumann, ab und an Tanzen, im Sommer schwimmen, im Winter Schilanglauf auf den Feldern zwischen Kupferberg und Großdobritz!



Bei Kommunal- und Landtagswahlen schnitt die LDPD in Großenhain ganz gut ab. Die Jugendreferate machten die Plakatwerbung. Unser Ehrgeiz bestand darin, höher als die SED zu plakatiere. Meine entscheidende politische Weichenstellung erfolgte 1946/1947 durch die Entdeckung zweier kleiner grüner Broschüren in der Seifertschen Buchhandlung, die damals noch aus dem Westen eingeführt wurden: „Überwindung des Imperialismus“ von Karl Walker und „Sozialismus in Freiheit“ des Schweizer Liberalsozialisten Werner Zimmermann. Sie gaben mir die Antworten, die mir Karl Marx nicht geben konnte und wiesen den Weg zur Überwindung des Kapitalismus in einer freien und sozial gerechten Marktwirtschaft, in der die Freiheitsideale des Liberalismus und die Gerechtigkeitsziele des Sozialismus vereint und für alle Menschen zu verwirklichen sind. Also nicht nur Freiheit für wenige Wohlhabende und soziale Ungerechtigkeit für die Mehrheit. Als Mittel dazu schlugen die Liberalsozialen u.a. vor, die Vormacht des Geldes vor der Arbeit durch ein umlaufgesichertes Geld aufzuheben, das noch investiert werden muss, wenn die dadurch bewirkte Kapitalvermehrung den Kapitalertrag – Mehrwert oder Zins – gegen null senkt und die Ausbeutung der Arbeit in einer freien Marktwirtschaft überwindet. Das ist einer der wenigen Zwänge, die im Interesse der Freiheit aller nötig sind und die die Marktwirtschaft in

eine sozialistische Verteilungsordnung umwandelt, in der alle Arbeitenden ihren vollen, nicht mehr durch Zins-Mehrwert gekürzten Arbeitsertrag erhalten: Alles für die Arbeit – nichts für das Kapital, das durch die Geld-Umlaufsicherung seine Herrschaft über die Arbeit verliert und williges Hilfsmittel der Arbeit wird.

Zwei Dinge wurden mir bald klar. Einmal, dass die LDPD als liberalkapitalistische Partei ein ungeeignetes Instrument zur Verwirklichung der LIBERALSOZIALEN ORDNUNG – LSO war - weshalb ich später im Westen nie Mitglied der FDP wurde - und dass die sich bildende DDR, die sich nach sowjetischem Vorbild staatskapitalistisch verfestigte, nicht der richtige Ort dafür war, da sie noch weniger als der kapitalistische Westen eine freie Auseinandersetzung darüber zuließ, die sie früher oder später mit Hilfe der Staatsmacht ersticken würde. Ersteres führte zum begründet erklärten Austritt aus der LDPD und zum Eintritt in die westliche RSF – die Radikalsoziale Freiheitspartei als Kampfgruppe für den Sozialismus in Freiheit. Letztere Überlegung dazu, nicht den Zeitpunkt für einen Absprung aus der SBZ – sowjetische Besatzungszone - zu verpassen.

Nach dem Abitur in Leipzig Sport und Geschichte zu studieren, schlug fehl. Zwar konnte ein proletarischer Ahnennachweis, aber nicht das „richtige“ Parteibuch ins Feld geführt werden. So sprang ich als „Neulehrer“ von der Schulbank auf das Lehrerpult und unterrichtete nach den großen Ferien 1947 eine fünfte Klasse in allen Fächern. Wie 1944 mit der Übernahme der Marine-HJ-Gruppe ging das auch besser als gedacht. Vormittags Unterricht, mehrmals in der Woche pädagogische Weiterbildung und politische Schulung. Und da eckte ich bei den Lehrerengenossen bald an. So auch in den Fragen der Ostgrenze. Diese Kritik wurde dem sowjetischen Stadtkommandanten hinterbracht, dieser begnügte sich den Schulrat May, der es in der NS-Zeit als Volksschullehrer fertig brachte nicht weiter aufzufallen und evtl. auch das Parteibuch umgehen konnte, und der nach 1945 Schulrat wurde, zu informieren. Dieser zog mich erst einmal für mehrere Wochen aus dem Verkehr. Weiterbildungskurs in Hellerau wurde mir verordnet.

Meine Kontakte in den Westen blieben nicht unentdeckt. Der Austritt aus der LDPD trug ebenfalls dazu bei und so wurde ich für mehrere Monate von der Militärpolizei beschattet. Als Beschatter bediente sie sich zweier Freunde, Eberhard Beier aus der Schubert Straße und Walter Seifert aus der Nachbarstraße und Mitschüler. die einmal in der Woche, an unterschiedlichen Tagen und bei Anbruch der Dämmerung bei der Militärpolizei erscheinen mussten. Bei unseren wöchentlichen Treffen tauschten wir die Fragen aus und einigten uns auf zu gebende Informationen. Walter stellte sich so „geschickt“ an, dass ihn die Verhörer bald laufen ließen, während Eberhard länger erscheinen musste.

In den Sommerferien 1948 ging ich über die grüne Grenze und besuchte ein vierwöchiges Sommerlager der Europa-Jugend am Steinhuder Meer. Das war unmittelbar nach der Währungsreform im Westen. Das Kopfgeld von 40 DM (?) reichte nicht lange und so blieb ich der einzige Teilnehmer. Mit dem Lagerleiter besuchten wir verschiedene politische Tagungen. Wieder zurück merkte ich doch, dass mir der Boden unter den Füßen allmählich zu heiß wurde. In der FDJ-Kreisleitung arbeitete der einige Jahre ältere Heinz Richter, nach Entlassung aus westlicher Gefangenschaft in den Osten gegangen. Er hatte auch gute Kontakte zur SED. Mit ihm gab es regen politischen Gedankenaustausch und Informationen über den sich verstärkenden Druck gegen mich. Auch mein Vater, der die Lehrlingswerkstatt an der nach der Demontage wieder aufgebauten, jetzt volkseigenen Webstuhlfabrik leitete, erhielt Winke von der Volkspolizei. Inzwischen – die Welle von Verhaftungen von örtlichen NSDAP-Funktionären bis hinunter zum kleinen Blockwart unserer Straße war längst abgeflaut – verschwanden aus meinem politischen Umfeld in letzter Zeit doch einige Freunde wie Günter Domschke aus dem A-Zug der Volksschule und ein jüngerer Mitarbeiter der Krankenkasse. Mit beiden führte ich auch Gespräche über liberalsozialistische Inhalte. In Dresden verschwand der Bezirksjugendreferent Gerhard Wagner, der auch liberalsoziale Schriften in der Partei weitergab, die der Landesjugendreferent Wolfgang Mischnick, später langjährigen Fraktionssprecher der FDP im Bundestag, aus dem Westen besorgt hatte. All das führte dazu, dass ich mich Anfang Januar 1949 nach Westberlin absetzte.

Erst im Westen erfuhr ich, dass die Liberalsozialisten in der SBZ/DDR systematisch verfolgt wurden. In Sachsen hatten etliche die NS-Zeit überstanden und wurden verhaftet: Walter Michl und Walter Mierisch aus Kamenz saßen mehrere Jahre in Bautzen ein. Nach ihrer Entlassung gingen sie in den Westen. Walter Michl lernte ich in Berlin kennen und Walter Mierisch später bei den GRÜNEN. Eine Junggenossin aus dem Thüringischen verbreitete liberalsozialistisches Wissen bis zur Karl Marx Hochschule in Kleinmachnow. Sie erhielt wie Dr. Will Noebe, der die Bewegung in der SBZ aufbauen wollte, 25 Jahre von einem sowjetischen Militärtribunal, der eine in Workuta, die andere im Zuchthaus Hohenstein-Ernstthal. Die Strafen wurden meist auf ca. 10 Jahre verkürzt. Andere Anhänger Silvio Gesells konnten die DDR noch rechtzeitig verlassen. Alles zeigte, dass mein Weggang nicht unbegründet war

An der neuen Freien Universität in Westberlin studierte ich ab Sommersemester Geschichte und Sport, trieb mich aber mehr bei den Volkswirten herum und baute mit Heinz-Peter Neumann und Klaus Wulsten die LSH, die Liberalsoziale Hochschulgruppe auf, die es auf zwei Studentengenerationen brachte und als Studienkreis von Klaus Wulsten noch heute tätig ist. Ende der 50iger Jahre traf ich in der Straßenbahn Christian Zeis, der die DDR vor dem Mauerbau verließ. Er wurde in der FDP in Hessen aktiv. Ich war damals Referendar an der Ernst Abbe Oberschule in Neukölln. Bei schlechtem Wetter fuhr ich die ca. 12 km von Lichterfelde mit der Straßenbahn.

Meine Großenhainer Zeit, sowohl unter'm Hakenkreuz wie unter Hammer und Sichel, war für mich prägend. Ich erlebte zwei totalitäre Systeme, die ihre Ideen nicht in freier Diskussion, sondern nur unter Anwendung von Gewalt durchsetzen konnten. In dem einen war ich passiv Aufnehmender und insofern –williges- Opfer, das sich gegen die Aufnahme der NS-Ideologie nicht wehren wollte, und es objektiv nicht konnte. In dem anderen versuchte ich ein wenig gegenzusteuern und einen Weg in eine freie wie soziale Zukunft zu gehen und anderen zu zeigen, solange das für mich persönlich vertretbar war. Liberalsoziale Kurse in Bautzen zu geben, war nicht so erstrebenswert.

Die kurze Zeit in der Oberschule Großenhain, so „wenig genügend“ ich sie auch abschloss, bildeten die Grundlage für eine Berufsausbildung, die es mir im „frei“-kapitalistischen Westen ermöglichte, meinen Visionen zu folgen und für Jüngere an Voraussetzungen zu arbeiten, von denen aus sie in nicht zu ferner Zeit das große Tabu zerstören können, das Kräfte des Kapitals noch heute um das Wissen über einen dritten, den liberalsozialen Weg, legen. Dass ich soweit kam, dabei haben zwei aus meiner Klasse mitgeholfen, Christian Zeis, von dem ich auf der ersten Wegstrecke nach dem Kriege viel lernte, und Walter Seifert, der mich zusammen mit Eberhard Beyer aus einer Klasse über uns, der in der DDR schon bald bei einem Verkehrsunfall starb, vor dem Zugriff der sowjetischen Militärpolizei durch ihr mutiges Verhalten schützten. Allen drei danke ich.

Filmbesprechung von "Let's Make Money"

Dokumentarfilm von Erwin Wagenhofer („we feed the world“) Österreich 2008

110 Min., mehrsprachig mit dt. UT. Kinostart: 30.10.2008. Delphi-Filmverleih Berlin

In seinem neuen Film bleibt Erwin Wagenhofer seinem aus „We feed the world“ bewährten Arbeitsprinzip treu: Als Laie traut er sich, Kinderfragen zu stellen – ganz so, wie Peter Kafka es vorgemacht hat: „Es gibt sehr viel Geld, aber es ist nicht da – doch wo ist es dann?“ Diesem unschuldig fragenden Kind (das in Bild und Ton selbst nicht in Erscheinung tritt) erzählen die großen Männer der Hochfinanz dann in erstaunlicher Offenheit Dinge, die sowohl das System Stück für Stück entlarven, als auch ihre eigene Verstrickung dokumentieren. Man erkennt: Die wissen, was sie tun! Der zuschauende Laie versteht durch die Verdichtung ähnlicher Aussagen von unterschiedlichen Akteuren: Erst wurde der Moloch „Globalisierung“ bzw. „Neoliberalismus“ erschaffen, dann versteckt man hinter seinem Rücken die eigene Verantwortung: „der Wettbewerb“ oder „der Druck der Globalisierung“ zwingt zu Rücksichtslosigkeit gegenüber allen und allem. Es gibt keine Ethik, der Profit für die Investoren ist die einzige Handlungsmaxime. Ein Londoner Finanzökonom erklärt kurz und prägnant die vier Grundschritte des Neoliberalismus, wie er unter Reagan und Thatcher und mit tatkräftigem Einsatz von Weltbank und IWF über die Welt kam: 1. Deregulierung, d.h. Freiheit für das Kapital. 2. Liberalisierung der Handelsströme, d.h. Abbau der Schutzbarrieren der Entwicklungsländer. 3. Abschaffung des Staatseinflusses, indem man seine Steuerbasis erodiert. 4. Privatisierung der staatlichen Industrien.

So wird es möglich, immer neue Spielräume für das Kapital im Bereich der Realwirtschaft zu finden. Darauf aufbauend wurden noch größere Spielwiesen im virtuellen Sektor erfunden, wo es nicht mehr um greifbare (und begreifbare) Dinge geht, sondern um immer verzwicktere Finanzwetten. Der Film zeigt die Macher der Globalisierung, aber auch die Opfer an verschiedenen weltweiten Schauplätzen.

Ob Goldgewinnung in Ghana, wo die Natur zerstört wird und letztlich nur 3 % des Verkaufspreises hängen bleibt; ob Baumwoll-Monokulturen in Burkina Faso, die den Bauern nicht aus der Armut geholfen haben, aber ausgelaugte Böden hinterlassen; ob Billiglöhner in Indien, die westlichen Firmen Höchstgewinne ermöglichen und selbst in Slums hausen; ob die Bauwut an Spaniens Küsten, wo drei Millionen leerstehende Häuser und 800 unnötige Golfplätze rein zur Spekulation entstanden – immer wird klar: es ist Irrsinn, aber jemand profitiert von diesem Irrsinn. Nur möchte offenbar keiner der Globalisierungsgewinner, dass man die Herkunft seines Vermögens erkennen kann. Diesem Wunsch sind die Steuerparadiese zu verdanken; der Film zeigt das Beispiel Jersey, wo ca. 500 Milliarden Dollar Privatvermögen „verdunkelt“ werden. Dieses Geld kommt ja nicht wirklich hier an; es werden hier nur die Privatvermögen von Frau Schmidt und Mister Miller im Computer in einen Trust umgewandelt, der z.B. eine Firma in Luxemburg besitzt mit einem Konto in London... So ist die Spur zum Eigentümer verwischt, so funktioniert Kapital- und Steuerflucht. Das wohl erstaunlichste Kapitel im Film ist das Bekenntnis des ehemaligen „Economic Hit Man“ John Perkins, der erklärt, wie Länder von Geheimdienstspezialisten gefügig gemacht werden. Erst wird den Machhabern ein Großkredit für riesige Infrastrukturmaßnahmen aufgedrängt; dann geht das

Geld direkt an die US-Firmen, die die Projekte ausführen. Im Land profitieren nur wenige Reiche. Die arme Bevölkerung aber muss nun jahrzehntelang die hohen Zinsen erwirtschaften, was oft genug nicht möglich ist. So wird das Land er- und ausspressbar: das Gläubigerland diktiert die Preise der begehrten Ressourcen wie Erdöl, Gold, Holz etc. Widersteht ein Herrscher der Bestechung, werden Killer auf ihn angesetzt. Kommen auch die nicht zum Zuge (wie bei Saddam Hussein), wird das Militär geschickt. Dass auch in Europa noch etwas zu holen ist, haben die „Private Equity Fonds“ gezeigt: Gemeinden verkaufen Verkehrsbetriebe oder Stadtwerke an US-Fonds; die Gemeinden bekommen dafür heute Geld und leasen in Zukunft ihr ehemaliges Eigentum – Kommentar von Hermann Scheer dazu: „Privatisierung ... ist eine Beraubung der Gemeinschaft. ... Dieses radikale Kurzzeitdenken ... ist typisch für das gesamte Neoliberale Zeitalter. ... Alles ist verkürzt auf die aktuelle Erzielung einer höchstmöglichen Rendite, koste es was es wolle.“

Den Zuschauer kostet dieser Film allerdings auch einiges – selbst als jemand, der seit längerem mit dem Thema intensiv befasst ist (siehe dazu www.equilibrismus.de) musste ich mich beim Anblick von soviel selbstzerstörerischem Fehlverhalten auf eine Meta-Ebene flüchten: Ich betrachtete diesen geballten Wahnsinn aus der Perspektive eines Außerirdischen und konnte nur zu einer Lösung kommen: die Menschheit gehört für einige Jahrzehnte weggesperrt! Da das aber nicht möglich ist, benötigen wir dringend Alternativen, die sich an der Begrenztheit dieses Globus orientieren; die das Ideal von Gleichheit und Gerechtigkeit wenigstens anstreben; die die Werteskala wieder vom Kopf auf die Füße stellen. Solche alternativen Konzepte gibt es – sie wachsen leider bisher nur im Verborgenen. Deshalb braucht es als nächsten Schritt nach dem Zeigen dessen, was verkehrt läuft, einen Film, der genauso engagiert und pointiert solche Alternativen vorstellt – Erwin Wagenhofer, übernehmen Sie!

Volker Freystedt (2. Vorsitzender von EQUILIBRISMUS e.V.; Mitglied INWO e.V.)

Der Verein gab 2005 das 336-S. Buch „Equilibrismus“ - Konzepte für eine Welt im Gleichgewicht“ heraus. Es ist ein umfassendes ökosoziales und politisches Programm, das dem Kurzprogramm der BI Alternative Dritter Weg in etwa entspricht. 2005 gab es eine ausführlichere Besprechung. Das Buch gibt es bei der Redaktion zu € 25,- mit Porto.

Der Erzregio – Das Regionalgeld im Erzgebirge

ist seit dem 01.01.2008 in der Erzgebirgsregion in Betrieb. Der Erzregio ist einer der wenigen Regioprojekte, die leistungsgedeckt sind. Im Gegensatz zu eurogedeckten Regios sind die Erzregios durch echte Leistungen gedeckt und somit sogar dem Euro überlegen, der im Prinzip nur durch ein Wertversprechen funktioniert, das, wie die aktuellen Ereignisse zeigen, zunehmend an Glaubwürdigkeit verliert.



Der Erzregio hat den Wert einer Deutschen Mark aus dem Jahr 2000. Dieser Wertstandard (Preisindex) liegt in der Vergangenheit und kann deshalb nicht mehr manipuliert werden. Es besteht ein Wechselkurs zum Euro. Zurzeit ist ein Euro 2 Erzregios wert. Der Wechselkurs ist nicht festgeschrieben und kann nach Abstimmung der Mitglieder der Erzregioinitiative bei Euroschwankungen, ganz gleich in welche Richtung, operativ angepasst werden. Damit ist der Erzregio im Gegensatz zum Euro preisstabil. Aber auch die Regionalgeldprojekte mit einer festen Eurobindung werden in einer Krise hoffnungslos mit dem Euro untergehen, wenn sie keinen Wechselkurs installieren.

Die Umlaufgebühr beträgt beim Erzregio 6% im Jahr. Auf der Rückseite sind Bauwerke der Region abgebildet. Es gibt die Stückelungen 1,3, 10 und 30. Auf der Vorderseite können die jeweiligen Herausgeber der Erzregioleistungsgutscheine ihre ganz individuelle Werbung aufdrucken lassen. Die Druckgebühren liegen für jeden



Herausgeber bei 20 Euro (wahlweise 40 Erzregio). Für die Werbeflächen von 42 Gutscheinen pro Set werden insgesamt 10 Euro fällig. Dies ist ein sehr geringer Betrag wenn man die Werbungskosten mit denen für gleiche Flächen bei einschlägigen Presseerzeugnissen vergleicht.

Was die Fälschungssicherheit der Erzregios betrifft, wurde nur soviel Aufwand wie nötig betrieben. Der Euro ist ja auch nicht sicher! Während andere Regioprojekte an den Einführungskosten scheiterten oder Fördermittel (auch von der EU!) in Anspruch nahmen sind wir völlig unabhängig geblieben und haben den Start im Wesentlichen über die Druckkosten finanziert.

Kontakt: Eckehard Hollmann, Thalheimer Str. 21, 08297 Zwönitz, e.hollmann@erzregio.de

Nach Wissen der Redaktion gibt es in Sachsen neben dem ERZREGIO erst ein weiteres laufendes REGIO-Geld, den ZSCHOPAUTALER. Dieser ist EURO-gedeckt, also mit dem geographisch in Nachbarschaft operierenden ERZREGIO nicht unmittelbar austauschbar. Alle anderen Initiativen stecken noch in den Vorbereitungen, so auch der ELBTALER. Wie der Name ausdrückt, soll er mal im ganzen Elbtal von der tschechischen Grenze im Süden bis zur brandenburgischen Grenze im Norden umlaufen. Er soll wohl mit dem URSTROMTALER kompatibel sein, der von Magdeburg ausgehend sich in Sachsen-Anhalt nicht nur im Elbtal ausgebreitet hat und sich dort bereits behördliche und ministerielle Anerkennung erworben hat.

In Großenhain, nicht ganz im Elbtal liegend, das aber mit Meißen und Riesa jetzt einen Großkreis bildet (vorher waren Großenhain und Riesa ein Kreis und Meißen selbständiger Kreis) bemühen sich Regio-Geld Freunde um Anschluss an den Elbtaler, zumal in Meißen die grüne Kreistagsfraktion schon vor einigen Jahren in Wahlkämpfen erfolgreich damit auftrat und in Riesa eine weitere Elbstadt hinzukäme.

Dort hatte Georg Otto vor 3 Jahren in seiner Heimatstadt zu einem Vortrag über das Freigeld von Wörgl alle örtlichen Vereine und Parteien eingeladen, aber niemand kam. Lediglich die am Vortrag vom CDU-Bürgermeister an die Ratsfraktionen verteilten Einladungen brachten mit Carsten Heine von der Fraktion des ALV – Arbeitslosen Verband den einzigen Besucher. In einer Stunde verstand er den Sinn des Freigeldes und der Lehre Silvio Gesells. Jetzt ist er Landesbeauftragter der BI A3W, ALTERNATIVE DRITTER WEG In Sachsen und bemüht sich weiter um ein REGIO-Geld und kandidiert auf der EUROPA-Liste der HWP-HUMANWIRTSCHAFTSPARTEI. Er führte vor 2 Wochen eine von Interessenten aus der weiteren Region, besonders Riesa – gut besuchte Veranstaltung mit Dr. Norbert Rost durch, der mit seiner Gruppe den Elbtaler organisiert. Die Schirmherrschaft über den Elbtaler hat inzwischen der Kreistagsabgeordnete der GRÜNEN und bei der letzten Kommunalwahl für das Amt des Landrats kandidierende Rudi Haas übernommen, der auch männlicher Landessprecher der GRÜNEN ist. Es scheint so, dass es bald das erste parteiübergreifende REGIO Geld Modell in Sachsen geben könnte.

NWO – Arbeit im Großraum Hannover findet in Hannover, Hildesheim, im Bereich Salzgitter-Harz und mit der Ausstellung „Geld regiert die Welt“ in Copenbrügge auch im Bereich Hameln statt.

In Copenbrügge organisierte Gernot Hüsüm vom Museumsverein mit Material von Helmut Creutz, aber auch aus Privatsammlungen aus der Geldgeschichte, z. B. aus der Inflationszeit, diese

Ausstellung. Sie wurde am 31. 8. mit einem Vortrag von G. Hüsüm eröffnet und lief bis Anfang November. Der Referent wies auf den bekannten Spruch hin „Über Geld spricht man nicht – man hat es –oder eben nicht.“ Die Menschen machen sich über ihr wichtigstes „Lebensmittel“, das Geld, nur wenig Gedanken, außer mit Leidenschaft darüber, wie man möglichst leicht und schnell zu Geld kommt. Dieser Trieb ist zwar ganz natürlich, verstellt aber leicht die notwendigen Gedanken und tieferen Einsichten über die Funktion des Geldes und seine sowohl positiven als auch negativen Auswirkungen.



Diese Ausstellung versuche Anstöße zu geben, sich vor allem mit den Gefahren genauer zu beschäftigen, die heute von unserem Geld-System ausgehen. G. Hüsüm wies auf Michael Ende hin, der seine Oper „Der Rattenfänger – ein Hamelner Totentanz“ zu einer Fabel über unser Geld umgestaltete. Der Karikaturist Horst Hatzinger hat dazu ein bemerkenswertes Plakat geschaffen, das die zerstörerische Seite des Geldes geißelt und mit dem auf einem Flyer für die Ausstellung geworben wurde. Der Referent betonte, dass der Problemfall „Geld“ in dieser Ausstellung nicht umfassend dargestellt werden kann. Einige Themen seien: Geschichte des Geldes, Begriffe wie Inflation mit Geldentwertung, Deflation und Krisen mit Arbeitslosigkeit und Zins, Aufgabe der Banken und Reichtum und Armut.

Noch während der Ausstellung referierten Georg Otto von der Bürgerinitiative A3W-ALTERNATIVE DRITTER WEG und Henning Frost, der erst kürzlich zur Geldreform stieß, über einzelne Themen der Ausstellung und nahmen – auch bei einem weiteren Vortragsabend – zur sich immer mehr verschärfenden Banken- und Börsenkrise Stellung, die sich zu einer schärferen Rezession ausweitet. Im

kommenden Jahr sollen Aspekte der Geldgeschichte, so auch das „Brakeatengeld“ des Mittelalters und die Möglichkeiten eine „Geldreform von oben“ durch zahlreiche Regionalgelder von unten zu unterstützen, beleuchtet werden.

In Hildesheim trifft sich der Arbeitskreis Dritter Weg im Rahmen der VHS mal mit stärkerem, mal mit schwächerem Besuch. Thema der letzten Zeit war das Verhältnis von BGE und NWO – Natürliche Wirtschaftsordnung, das auch teilweise zwischen denen kontrovers diskutiert wurde, die durchaus für ein GRUNDEINKOMMEN eintreten. Differenzen betreffen nicht das „ob“, sondern das „wie“ eines BGE. U. a. in der Frage der Finanzierung, ob über Erhöhung der Mehrwertsteuer (Modell Prof. Götz Werner) oder über Besteuerung der Vermögen, wie sie vor allem von der BI A3W vertreten wird. Danach soll die wichtige Erhöhung der Mehrwertsteuer bei Abschaffung der Besteuerung der Arbeit der ökologischen Feinsteuerung umwelt- und gesundheitsschädlicher Produktionsverfahren und Produkte dienen. Ca. 6-seitige Ausarbeitungen von Georg Otto können per Mail abgefordert werden: alternative-dritter-weg@t-online.de Per Post gegen € 1,50 in Marken G:O. 31079 Eberholzen, Gänseberg 11. Auch der Text von H. Creutz „Wir brauchen eine einfaches, gerechtes u. ökologisches Steuerrecht“ 12.S. DIN A4, € 2,-

Gerda Becker hielt kürzlich einen Einführungsvortrag zum BGE, für den sie mit Freundinnen auch stark geworben hatte. 25 Besucher lohnten die Mühe. Es kam zu interessanten Debatten. Nur 1 Teilnehmer verließ uns vorzeitig. Er erwartete ein fix und fertiges Konzept bis in die Einzelheiten. Alle andere verstanden, dass es sich dabei um einen ENTWICKLUNGSPROZESS handelt, bei dem die Details zu diskutieren sind. Einer Reihe bisher in diesem Kreis nicht in Erscheinung getretene Personen erkannten, dass ein BGE allein die heutige Gesamtkrise nicht lösen könne, dass es aber einen wichtigen Einstieg bieten könne, besonders in Kombination mit der Lösung vor allem der ökonomischen Seiten unserer Krise. Dabei wurde gerade von neuen, bisher gar nicht bekannten Teilnehmerinnen auf das Buch von Margrit Kennedy hingewiesen: Geld- ohne Inflation und Zins. Eine Woche später fand ein Filmabend zum Thema BGE statt.

Helmut Meer vom Tauschring Goslar sprang mit einem Beamer-Vortrag über das Wesen des Geldes für Georg Otto bei der Evang. Studentengemeinde in Clausthal-Zellerfeld ein. Es waren aber kaum Studenten gekommen, sondern ältere Semester aus dem Kirchengumfeld, denen das Geld-Thema doch recht schwer fiel. Wir bieten dem Veranstalter für das nächste Semester den DIA-Vortrag über das Umlaufgeld im Mittelalter an, auf dem die Wirtschaftsblüte der Hanse und die Hochkultur der Gotik beruhte.

In der VHS Salzgitter gab es ein Samstagsseminar mit G. Otto zu: „Vom Wirtschaftswunder zum Sanierungsfall Deutschland“ – (ein Wort der Kanzlerin aus ihrer Oppositionszeit) 15 Teilnehmer, darunter einige neue aus der Region, teils auch aus der PDS, während die ortsansässigen HWP-Leute fehlten, diskutierten bis zur letzten Minute.

In Hannover hat sich der von G. Otto aus 50 km Entfernung aufrecht gehaltene Diskussionszirkel wieder verstärkt. Den Film „Vom Geist des Geldes“, der auch in Hildesheim gutes Interesse fand, sahen 10 Leute. Ebenso gut wurde ein Vortrag von Henning Frost besucht, der mit seinen Computermodellen darstellte, wie das Zinssystem zum Zusammenbruch verurteilt ist. Mathematisch ist das bei jeweils angenommenen Zinssätzen nur eine Frage der Zeit.

Termine 2009 für diese Region werden per Mail durchgegeben, sonst sind sie von G. Otto anzufordern. Anschrift oben.

DRITTER WEG für HUMANWIRTSCHAFT. Unter dieser Rubrik informieren wir über Positionen von A3W und HWP und über ihre Zusammenarbeit zur Vorbereitung der Wahlen 2009, besonders bei der Europawahl am 7. Juni

Für diese hat der Bundesparteitag der **HWP-HUMANWIRTSCHAFTSPARTEI** die Bundesliste gewählt. Die 4 Erstkandidaten stellen wir am Schluss der Berichte der HWP-Sachsen über die dortige gute Presseresonanz vor, wo A3W und HWP auch aktiv sind. In Grossenhain informierte die SZ-Sächsische Zeitung und der „Grossenhainer Herold“ über die Freiwirtschaftslehre Gesells z.B. bei Vorträgen Georg Ottos in seiner Heimatstadt, über die Beteiligung von Carsten Heine (A3W, jetzt auch HWP) an der Wahl zum Oberbürgermeister im Juni 2008. Dazu hatten der ALV, Arbeitslosenverband und die LINKE Carsten Heine unterstützt. Es kamen in der CDU-Hochburg immerhin

14% Stimmen zusammen, die SPD holte 4% den „Rest“ zum dritten Mal der CDU-Kandidat. Carsten Heine vertritt seit mehreren Jahren den ALV im Stadtrat als Sprecher einer Frau-Mann Fraktion. Inzwischen bildete sich ein Arbeitskreis Geldreform, der mehrere Diskussionsabende mit guter Presseresonanz und gutem Besuch durchführte, aus dem eine Dreiergruppe der Humanwirtschaftspartei hervorging. Der Bundesvorstand von A3W beauftragte Carsten Heine mit der Wahrnehmung der Interessen von A3W in Sachsen. Nach den Wahlen 2009, in Sachsen nach der Wahl zum Landtag im August und der Bundestagswahl im September, soll die weitere A3W-Arbeit beraten werden.

Carsten Heine vertritt auf der Europaliste der HWP auf Platz 2 die neuen Bundesländer und ist für die Landtags- und Bundestagswahl Spitzenkandidat der HWP in Sachsen. A3W und HWP Sachsen schlossen ein Bündnis und führen alle Wahlen unter der Parole DRITTER WEG für HUMANWIRTSCHAFT oder ähnlich auf den Listen der HWP durch. Ziel in Sachsen ist, das Bündnis so zu stärken, dass es künftig, zunächst als APO – Außerparlamentarische Opposition - stärker Einfluss auf die Landespolitik nehmen und trotz durch die neuen Großkreise erschwerten Bedingungen auch in den Kommunen und Kreisen mitreden kann. Schwerpunkt ist der neue Kreis Meißen, der mit Radebeul an die Tore Dresdens, im Norden mit Riesa an die Landesgrenze reicht und in Großenhain wird am Tage der Europawahl versucht das ALV-Ergebnis zur Stadtratswahl zu halten oder zu verbessern.

Dafür geht A3W bis an die finanzielle Grenze und setzt alle Mittel, bis auf die Kosten für 2 Ausgaben ALTERNATIVEN, eine vor und eine nach den Wahlen 2009, für den Wahlkampf in Sachsen ein. Bei sparsamster Wirtschaft nur für Druck und Versand der ALTERNATIVEN erzielten wir mit Ihren frei gewählten Abos, Beitragen für A3W und Spenden kleine Überschüsse, so dass wir in Sachsen jetzt - erschrecken Sie nicht - € 5000 einsetzen können. **ZU DEN PARLAMENTSPARTEIEN IST DAS ETWAS MEHR ALS NICHTS: Bleiben Sie uns bitte gerade jetzt treu und helfen Sie uns durch Zahlung rückständiger Beträge für die letzten Jahre, durch Restzahlungen 2008 und baldige Zahlung für 2009 diese Summe zu erhöhen!** Ihren Kontostand bestätigen wir auf einem

beiliegenden DIN A 5 Blatt. Wer diese Mitteilung nicht findet, hat nach unserer Buchführung, die hin und wieder Fehler hat, bis 2008 ein ausgeglichenes Konto. Wer erst 2008 erstmalig ALTERNATIVEN erheilt findet auch keine Zahlungserinnerung. Wem eine Spendenquittung für größere Beträge für das Finanzamt nützt, teile es mit der Überweisung, Stichwort „Spendenquittung“ mit. Buchungstechnisch erhalten Sie diese erst für 2009. **Unser Konto heißt: A3W-Alternative Dritter Weg, Konto Nr. 31 000 12371 Sparkasse Oberlausitz-Niederschlesien, abgekürzt SpK –ON – BLZ 850 501 00.** Was noch auf mein Sonderkonto geht, wird weiter für A3W verbucht. Bitte für 2009 auf das obige Konto umstellen. Buchkäufe werden über das Sonderkonto abgerechnet und dieses mit der Rechnung genannt.

OHNE FLEISS KEIN PREIS und ohne Unterschriftensammlung keine Teilnahme an der E-Wahl. Wenn Sie bei der Europawahl erstmalig eine Politik auf der Basis der Lehren Silvio Gesells wählen wollen, statt e i n kleineres Übel, so helfen Sie bitte mit Ihrer eigenen Unterschrift und durch Sammlung von Unterschriften im Freundes- und Bekanntenkreis mit. Wir legen 2-3 Listen zur Wahlzulassung der HWP bei. Ehe Sie diese ausfüllen, kopieren Sie bitte weitere hinzu. Insgesamt werden dafür 4000 Unterstützer gebraucht. Bei Landtags- und Bundestagswahlen sind wesentlich mehr Unterstützer nötig. Für Sachsen gibt es Listen für die anderen Wahlen später, fordern sie diese, auch weitere Listen für die E-Wahl, schon jetzt bei uns an. Per Post oder per Mail. Senden Sie uns die von Ihrer Gemeinde bezüglich Ihrer Wahlberechtigung bestätigten Listen bitte zu. Wir senden sie dann an die HWP Landes-Geschäftsstellen weiter. Im März sollten die letzten Unterschriften gesammelt werden. Wenn Sie nach der Jahreswende die ersten Listen zusenden und mitteilen würden, wieviel Unterschriften wir von Ihnen evt. noch erhalten, so erleichtert uns das die Planung für die Eintreibung der letzten Unterschriften

Unsere Adresse: A3W-ALTERNATIVE DRITTER WEG oder Liberalsoziales Büro oder Redaktion ALTERNATIVEN, ebenso LIBERALSOZIALE in den GRÜNEN: 31079 Eberholzen, Gänseberg 11, Mailadresse: alternative-dritter-weg@t-online.de --- ALTERNATIVEN sind runter zu laden: www.alternativen.biz.

Wer künftig ALTERNATIVEN als Mail-Abo wünscht, teile das mit der Mail-Adresse mit. Uns bekannte Mailadressen werden schon mal so versorgt. Diese erhalten zwischen den beiden ALTERNATIVEN pro Jahr anfallende Stellungnahmen zur aktuellen Wirtschaft und Politik. Das erleichtert die Werbung für unsere Ziele.

Namen sind nicht immer Schall und Rauch - auch nicht für die NWO !

Den LeserInnen ist bekannt, dass es mehrere Namen für die NWO-Ziele einer Natürlichen Wirtschaftsordnung gibt. Die FSU nannte sich, weil dort manche glaubten, der Begriff freisozial – Freisoziale Union sei „out“, in HWP - HUMANWIRTSCHAFTSPARTEI um. Das löste Austritte aus und Herbert Mattwig aus Hamburg arbeitet aus Prinzip noch heute mit FSU. Ein neuer Berliner Leser wendet sich auch dagegen. Eine nicht billige Marktanalyse nannte HWP als besonders attraktiv. Mir (G.Otto), seit 1969 nicht mehr Mitglied der FSU, war der alte Name viel griffiger. Dass der neue Name nicht zum Renner wurde, erfuhren die Berliner Freunde 2005 bei der Wahl zum Abgeordnetenhaus. Sie mussten sich mit 0,14 % abfinden. Mehr als ich mit 0,1% geschätzt hatte. Angesichts der Größe Berlins und dass die ca. 20 jungen Mitglieder neu in der Politik waren, recht gut. Kommen sie bei der Europawahl 2009 auf 0,2%, wäre das ein Grund zum Weitermachen.

Humanwirtschaft sagt m.E. nicht genug aus. Dass wir zu wenig Menschlichkeit haben, sagt auch unsere Kanzlerin, und Willy Brandt wollte der Wirtschaft, also dem Kapitalismus, ein „menschliches Antlitz“ geben. **Als Humankapital degradiert das Wort die Menschen zu Sklaven des Kapitals, was sie ja auch sind.** Bei der Europawahl werden wir vor allem in den Westländern sehen, dass der Begriff bei ganz geringer Werbung (Mangel an Werbepersonal und Geld) nicht mehr als 0,1% bringt. Dass in der jetzigen Krise unsere Lösungen nötig sind, ist richtig, aber mit geringer Werbekraft erreichen wir nur wenig Menschen. Dennoch ist die E-Wahl zu nutzen, festzustellen, wo Schwachstellen und wo unsere „Stärken“ sind. Wegen unserer Schwächen ist es besonders wichtig, dass schon der Name **v i e l** Werbekraft ausstrahlt!

Hätten wir genug Wahlhelfer und genug Geld, um Zeitungen mit Anzeigen und Straßen mit Plakaten zu überschwemmen, dann könnten wir unser Anliegen auch mit wenig geeigneten Begriffen den Menschen wählbar machen. Doch dauert es noch einige Zeit bis die HWP sich mit 0,5% die von uns später abzuschaffende Parteienfinanzierung erkämpft.

Die vorstehenden Argumente gegen HUMANWIRTSCHAFT werden in der SZ-„Sächsische Zeitung“ – Ausgabe Rödertal, erweitert: Dazu bitte in den Berichten über die Arbeit der HWP in Sachsen unter dem Bericht über Großenhain den ersten Absatz des Berichts über die HWP in Ottendorf-Ockrilla, Kreis Kamenz, gut lesen. Jana Mundus, örtliche Mitarbeiterin der SZ dachte beim Namen HUMANWIRTSCHAFTSPARTEI an eine „**weltfremde Partei von Theoretikern**“, dann, dass sich hinter diesem Namen gar „**extreme Verfassungsfeinde**“ verstecken. Nun hat die HWP bei Jana Mundus Glück gehabt. Sie hat die Papiere der HWP wegen ihres Verdachts nicht weggeworfen, wie es viele Journalisten machen, wenn sie solche Namen hören. Und noch mehr Bürger, also Wähler, wenn der Name sie nicht gleich mitreißt und sie Spinner und Extremisten wittern. Die wenigen Wähler, die die wenigen HWP-Plakate und Flugblätter, die sie lesen oder bekommen, nicht so hinterfragen wie Jana Mundus, **werden von HUMANWIRTSCHAFT nur bedingt zum Weiterlesen aufgefordert.**

Bedauerlich war auch, dass die FSU nicht nur den Parteinamen, sondern auch den Zeitungsnamen **DDW-DER DRITTE WEG**, **der unsere Ziele zwischen den Altsystemen, von den eines schon zerbrochen ist, wesentlich deutlicher ausdrückte**, auch gegen HUMANWIRTSCHAFT austauschte.. Hinzu kam eine unverantwortliche Trennung der Zeitung von der Partei, bei der die HWP finanziell von dem neuen Förderverein für die Zeitung über den Tisch gezogen wurde. So gibt es unter fast

gleichem Namen eine Partei und eine Zeitung und diese bringt kein Sterbenswörtchen über „ihre“ Partei. Vermutlich werden die Leser der HUMANWIRTSCHAFT auch nichts über die Wahlbeteiligung der HWP erfahren – oder doch noch?

Dass die für die Umbenennungen Verantwortlichen völlig neben der Volksmeinung lagen, zeigten zwei Umfragen: **2000 wurden 1500 Bürger der neuen Länder befragt, ob sie sich nach 40 Jahren Sozialismus und nach 10 Jahren Kapitalismus auch einen DRITTEN WEG vorstellen könnten. 63% der EX-DDR-Bürger antworteten mit ja! 2500 gab es eine SPIEGEL-Umfrage, die wir bitten auf Seite 1 (Grafik) nachzulesen. Diesmal sprachen sich 67% der Westbürger und 63% der Ostbürger dafür aus: „Es muss doch einen dritten Weg geben.“**

2002 gab es Diskussionen über einen neuen politischen Ansatz in der NWO-Bewegung. Zur Debatte standen eine Partei oder zunächst eine politische Bürgerinitiative, die sich bei entsprechendem Wachstum später zur Partei erklären kann. Je ½ Dutzend Teilnehmer erklärten sich für einander Wege. Der für die Partei vorgeschlagene Begriff **PARTEI des DRITTEN WEGES** wurde verworfen zugunsten **BZ-BÜNDNIS für die ZUKUNFT** und die BI-Anhänger nannten sich **A3W-ALTERNATIVE DRITTER WEG**. Die Partei BZ war sehr aktiv und schaltete sich mit vielen inhaltlich sehr guten Verteilaktionen, z.B. bei Tagungen der GRÜNEN, Friedenskongressen u.ä. ein, appellierten mehrfach an die Bundestagsabgeordneten. Jetzt, da sie die Stärke einer Beteiligung an Wahlen nicht erreichten, entzog der Bundeswahlleiter der BZ den Parteistatus. **Trotz guter Inhalte lockte der BZ - Name eben nicht.** Weit weniger war die BI A3W aktiv, sie kümmerte sich mehr um den Erhalt der Zeitschrift ALTERNATIVEN mit jetzt ca. 200 zahlenden Lesern und immerhin knapp 50 Mitgliedern und kann jetzt die HWP unterstützen, weil sich diese 2006 durch Parteitags- und Vorstandsbeschlüsse von den rechten Tendenzen der Vorpartei FSU trennte.

In Sachsen verbündeten sich die dort etwa gleichstarke A3W und HWP **zum Bündnis DRITTER WEG für HUMANWIRTSCHAFT** und führen gemeinsam auf den **Listen der HWP die EUROPA- die LANDTAGS- und die BUNDESTAGSWAHL 2009 durch**

Bereits zur Wahl des Oberbürgermeisters in Grossenhain, wo Carsten Heine, Landesbeauftragter für A3W und jetzt zweiter Spitzenkandidat der HWP zur E-Wahl, immerhin 14 % Stimmen – unterstützt vom Arbeitslosenverband und der LINKEN - holte, wurden Texte mit dem Begriff DRITTER WEG für HUMANWIRTSCHAFT verteilt. **Das wird nun bei allen Wahlen 2009 geschehen.** Man wird sehen, ob die HWP damit in Sachsen etwas besser abschneidet als in den Ländern, wo nur mit HWP geworben wird. Immerhin wird der Zusatz DRITTER WEG durch den Namen HWP als Listennamen in den Schatten gestellt und kann die **in den Umfragen deutlich gewordene Stärke dadurch nur bedingt entfalten.** Viel klarer könnten sich die Wähler orientieren, wenn sich die FSU bei der Umbenennung, die 2002 stattfand, an der Umfrage von 2000 orientiert und das Geld für die Marktanalyse gespart hätte.

Bei den Zielen der FSU, einen dritten Weg jenseits der Altsysteme des Kapitalismus und des sog. Sozialismus gehen zu wollen, lag der überzeugendere Name PARTEI DES DRITTEN WEGES doch klar auf der Hand!

Über viele Meinungsäußerungen freut sich die Redaktion.

Kleine Erfolge konnten im Monat November die Sachsen feiern. So konnten die Aktivisten vor Ort einen Artikel im „*Großenhainer Herold*“ über den letztlich angeregten Stammtisch „Gerechtes Geld“ platzieren, bei dem, nach Michael Musil vom Freiwirtschaftsbund auch schon Norbert Rost vom Elbtaler e.V. zu Gast waren und vor ca. 25 Leuten referierten. Mit einer Auflage von ca. 12000 Exemplaren erschien in der Rödertal-Ausgabe der „*Sächsischen Zeitung*“ vom 22./23.11.2008 untenstehender, halbseitiger Artikel über den Landesverband Sachsen der HUMANWIRTSCHAFTSPARTEI. Offensichtlich gibt es sie doch noch – die mutigen Journalisten. Und das macht uns Mut...

Resonanz in der sächsischen Presse über Aktivitäten von A3W und der sächsischen HUMANWIRTSCHAFTSPARTEI

„*Großenhainer Herold*“ Nov.08:

Gerechtes Geld für alle! Wenn zurzeit im Stundentakt Banken und Geldunternehmen aller Art zusammenkrachen, fällt auch uns auf, dass im Geldwesen etwas nicht stimmen kann! Als die Sachsen LB auf Kosten der sächsischen Bürger einstürzte, wurde erklärt, was alles geschieht, damit sich dergleichen nicht wiederholt. Und jetzt? Redselig versucht man den Leuten weiszumachen, dass die Gier Einzelner allein dafür verantwortlich sei. Das System stimme schon, so heißt es. Warum glauben wir das denn noch? Weil wir mit der Muttermilch den Glauben an unser Geldsystem aufgesogen haben. Geld, Zins und Zinseszins gehören für uns so zusammen, dass wir uns es nicht anders vorstellen können. Aber der Denkprozess setzt bei vielen ein. Jeder, der sich nach der Wende ein Haus gebaut hat, weiß, dass er inzwischen mehr als das Doppelte des eigentlichen Preises bezahlt hat. Und derjenige, der sich heute als Zinsgewinner sieht, weil er keine Kredite abzahlen hat, vielleicht sogar diesen oder jenen Euro aus Aktienfonds einnimmt, zahlt sogar drauf. Denn ca. 30 Prozent der Preise bestehen aus Zinsen, bei Mieten sogar bis zu 70%! Wer gewinnt denn da wirklich? Es sind die Besitzer der riesigen Geldvermögen, etwa fünf Prozent der

Bevölkerung. Und wir denken: tja, das ist nun mal so, das geht nicht anders. Aber das stimmt nicht! Silvio Gesell hat vor fast 100 Jahren in seiner „*Natürlichen Wirtschaftsordnung*“ die Grundideen der Freiwirtschaft, auch HUMANWIRTSCHAFT oder „3. Weg“ genannt, aufgezeigt. Seine Lösung: Das Geld darf den Markt nicht mehr erpressen. Das Modell: Wenn die Finanzen



Die ersten Großenhainer Mitglieder der Humanwirtschaftspartei Daniel Dietze, Carsten Heine und Patrick Neumann (v.l.n.r.) Foto: EM

nicht mehr zirkulieren, verlieren sie automatisch an Wert. Wie diese Umlaufsicherung letztlich umgesetzt wird, ist lediglich eine technische Frage. Eine solche Freiwirtschaft, so genannt, weil frei von Erpressung durch das Kapital, kann dem irren Wachstumszwang, der die Menschen, die Umwelt und das soziale Gefüge zerstört, eine maßvolle und nachhaltige Entwicklung entgegensetzen. In der Praxis gab es schon Geldsysteme, die darauf aufgebaut waren,

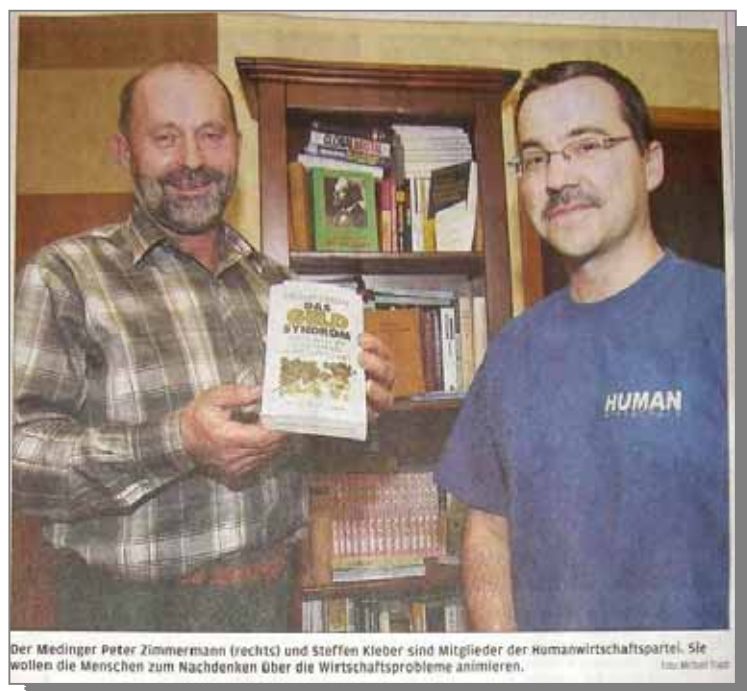
dass sich das Geld, getreu dem Motto: „Taler, Taler, du musst wandern!“, dem Markt anbieten musste. Etwa vom 12. bis zum 15. Jahrhundert herrschte in Mitteleuropa eine Hochkonjunktur, die durch ein Geldsystem ausgelöst wurde, bei dem das Geld gezwungen wurde, im Umlauf zu bleiben. Horrende Zinsen waren unbekannt und der Wohlstand der städtischen Bevölkerung war für damalige Zeiten und im Vergleich zu dem, was danach kam, beträchtlich. Die Freigeldexperimente, wie zum Beispiel das von Wörgl von 1932/1933 zeigen, dass auch in moderner Zeit so ein System mit durchaus positiven Folgen funktioniert. Bis man es von höchster Stelle abgewürgt hat! Ein wesentlicher Bestandteil einer gerechten Geld- und Wirtschaftsordnung ist auch die Wiederherstellung der Verfügung der Gesellschaft über eins der knappsten Güter – dem Boden. Und das zwar *nicht* in Form eines Volkseigentums, das nichts weiter als ein anonymes Staatseigentum war. Wer den Boden nutzt, zahlt eine Nutzungsgebühr an die Gemeinschaft. Dieser Obolus kommt in erster Linie den Müttern und Vätern zugute, um die Armut von und an Kindern zu bekämpfen.

www.humanwirtschaftspartei.de

„*Sächsische Zeitung*“ 22./23. Nov.08 - Von Jana Mundus:

Humane Wirtschaft! Gleich drei Bürger der Gemeinde Ottendorf-Okrilla stehen derzeit auf der Landesliste der Humanwirtschaftspartei: Neben dem Geschäftsführer der Partei, Peter Zimmermann, auch dessen Frau und Tochter. Zugeben: Wer den Parteinamen das erste Mal hört, denkt im ersten Moment vielleicht an ein paar Theoretiker, die weltfremd ihre Ideen entwickeln. Oder noch schlimmer, dass sie vielleicht sogar extreme, verfassungsfeindliche Ansätze vertreten. Bei genauem Hinschauen wird diese Angst nicht bestätigt. Noch nie waren die Themen der Humanwirtschaftler so aktuell wie jetzt. Was sie zu sagen haben, dürfte in Zukunft interessant werden.

Medinger glaubt an eine Humane Wirtschaft Vielleicht ist es die kleinste Partei in Sachsen. Doch P. Zimmermann aus Medingen und seine Mitstreiter meinen es wirklich ernst. Die Humanwirtschaftspartei möchte in den kommenden Jahren im politischen Geschehen mitmischen. Derzeit hat die bundesweit agierende Partei in Sachsen knapp 20 Mitglieder. Diese sammeln momentan Unterschriften in eigener Sache. Denn wenn sie bei Landtags-, Bundestags- und Europawahl dabei sein wollen, brauchen sie Unterstützung aus der Bevölkerung, damit sie antreten dürfen. Die Botschaft der Partei passt in die aktuelle Situation, in der die Bankenkrise die Weltwirtschaft erschüttert. Denn die Humanwirtschaftler setzen sich für eine menschliche Marktwirtschaft ein. **Wachstum - aber wo?** Am vergangenen



Der Medinger Peter Zimmermann (rechts) und Steffen Kleber sind Mitglieder der Humanwirtschaftspartei. Sie wollen die Menschen zum Nachdenken über die Wirtschaftsprobleme animieren. Foto: Michael Pisch

Wochenende verabschiedete der Landesverband der Partei eine eigene Liste für die Bundes- und Landtagswahl. „Es kann sein, dass wir das einzige Bundesland sind, in der die Humanwirtschaftspartei antreten wird“, erklärt Peter Z., der der Geschäftsführer der Humanwirtschaftspartei in Sachsen ist. Vor knapp fünf Jahren trat er der Partei bei. Vorausgegangen war ein längeres Beschäftigen mit den wirtschaftlichen Problemen unserer Zeit. „Immer wieder hatten mir die Politiker in Zeitung und Fernsehen etwas vom Wachstum erzählt. Aber in der Realität sah ich nichts davon, eher das Gegenteil“, erklärt Zimmermann seine Beweggründe. Deshalb begann er sich mit diesem Thema auseinanderzusetzen, las viele Bücher. Unter anderem „Das Geldsyndrom“ von Helmut Creutz. Inhalt all dieser Werke: Der Weg zu einer *krisenfreien* Wirtschaft. Irgendwann

stieß Peter Z. auf die Humanwirtschaftspartei und war von ihren Zielen angetan. „Die meisten Parteien erzählen viel, aber das Grundproblem- unser derzeitiges Wirtschaftssystem - packen sie nicht an“, sagt er. Führend im Landesverband ist auch Steffen Kleber. Der Selbständige aus Bobritzsch beschäftigt sich schon seit Anfang der 1990iger Jahre mit den Gedanken der Freiwirtschaft. Diese existieren schon seit dem 19. Jahrhundert. Der Finanztheoretiker *Silvio Gesell* formulierte Grundideen, an denen sich die Humanwirtschaftspartei heute orientiert. „Es geht darum, die Bedeutung des Geldes dem Warenwert wieder gleich zu setzen“, erklärt Kleber. Ein zinsbasierendes Geldsystem sei falsch. „Das gehortete Geld, muss wieder in Umlauf gebracht werden. Dafür ist eben ein Umdenken nötig“, meint Kleber. Die derzeitige Finanzkrise sei mit den Mitteln, die die Politik anbietet nicht zu

bewältigen. „Letztlich führt das doch dazu, dass sich wieder Leute verschulden und dann das System noch einmal kollabiert“, so Zimmermann.

Evolution statt Revolution Bekehren wollen die Humanwirtschaftler niemanden. „Wir wollen die Menschen einfach dazu animieren, sich genauer mit den Problemen unserer Wirtschaft zu beschäftigen, zu recherchieren“, so Kleber. Ihm ginge es nicht um Revolution, sondern um Evolution. „Wir sehen doch, dass das derzeit nicht funktioniert. Also müssen wir auf eine neue Ebene.“ Auch wenn sie derzeit nur zwanzig Parteimitglieder in Sachsen haben - entmutigen lassen sich Peter Zimmermann und Steffen Kleber nicht. „Alle großen Ideen haben einmal klein angefangen“, sagt Zimmermann und lächelt.

Grundideen der Humanwirtschaftspartei Grundlegend für die Ideen der Humanwirtschaft sind die Ideen von *Silvio Gesell* (1862-1930). Die Freiwirtschaft wurde von Gesell begründet. Sie fordert eine stabile Wirtschaft und soziale Gerechtigkeit. Geld soll laut Humanwirtschaftler verteilungsneutral und umlaufesichert sein. Das würde sicher stellen, dass sich das Geld jeder Zeit *gleich* zu Waren verhält. Zinsen lehnen die Humanwirtschaftler ab. Denn sie würden es Menschen erlauben, ihren Reichtum ohne eigene Leistung zu vermehren. Im Internet ist die Humanwirtschaftspartei unter www.humanwirtschaftspartei.de zu finden. Dort werden ihre Grundsätze erklärt.

Der sächsische Landesverband der **HUMANWIRTSCHAFTSPARTEI** informiert

In der letzten Pressemitteilung 06/08 vom 19.11.08 des sächsischen Landesverbandes heißt es:

Im kommenden Jahr wird sich die **HUMANWIRTSCHAFTSPARTEI** mit ihrem „**Programm für eine menschliche Marktwirtschaft**“ (<http://www.humanwirtschaftspartei.de/programm>) an der Europawahl beteiligen und ruft ab sofort die Bevölkerung zur Unterstützung auf. Der sächsische Landesverband beteiligt sich zusätzlich an den Wahlen zum Deutschen Bundestag und an der sächsischen Landtagswahl mit einer eigenen Landesliste, welche beim außerordentlichen Parteitag am 15.11. in Bobritzsch/Sachsen beschlossen wurde: **Carsten Heine, Großenhain - Gitta Hübner, Bischofswerda - Steffen Kleber, Bobritzsch - Peter Zimmermann, Ottendorf-Okrilla - Harald Heidenreich, Oederan - Claudia Zimmermann, Dresden - Ralf Korte, Dresden - Patrick Neumann, Großenhain - Karin Zimmermann, Ottendorf-Okrilla - Daniel Dietze, Großenhain - Jens Dieke,**

Dresden - Gudrun Petzold, Limbach-Oberfrohna

Die sächsische **HUMANWIRTSCHAFTSPARTEI** sieht in KFZ-Steuerbefreiungen für Neuwagen, verlängerter Auszahlung von Kurzarbeitergeld und anderen unsinnigen Beschlüssen eines nationalen „Konjunkturpaketes“ die überdeutliche Ratlosigkeit unserer amtierenden Regierung. Ziel all dieser aktuellen nationalen und internationalen Maßnahmen, wie Bankbürgschaften und Bürgschaften für Automobilhersteller in Milliardenhöhe, ist offensichtlich, die weitere, systembedingte Verschuldung der Völker innerhalb des bestehenden Zins- und Kreditgeldsystems voranzutreiben. All das wird lediglich weiter die Inflation, auf Kosten der Kaufkraft der Bevölkerung, anheizen und einem kranken Geldsystem eine Gnadenfrist verschaffen.

Wir setzen uns für eine, von kapitalistischen Zwängen, befreite Marktwirtschaft ein. Mit einem Geldsystem, welches den Menschen *dient*.

Die **HUMANWIRTSCHAFTSPARTEI** schlägt zur Vermeidung einer fortgesetzten, ausufernden Staatsverschuldung und des weiteren Durchschlagens der Rezession auf die Realwirtschaft mit ihrem *Freigeld* eine umlaufesicherte, indexgesteuerte Währung vor, welche von einem, nur dem Volk verpflichteten, Währungsamt ausgegeben wird. Diese Maßnahme würde sofort einem Streik des Geldes entgegen wirken, indem das Geld in den Wirtschaftskreislauf zurück gezwungen wird. Nebenbei könnten auch so die Länderhaushalte, auch der sächsische, vor weiteren finanziellen Belastungen bewahrt werden. Wir fordern daher von der amtierenden Bundesregierung die sofortige Einführung dieser Geld-Umlaufsicherung, um den drohenden Staatsbankrott zu verhindern und zu vermeiden, dass sich die Probleme eines, sich verselbstständigten Kapitalmarktes, weiterhin negativ auf die Menschen auswirkt.

Kontakt: Peter Zimmermann, HUMANWIRTSCHAFTSPARTEI - LV Sachsen, Hufenweg 16, 01458 Ottendorf-Okrilla, Tel. 035205/74562

Die vier ersten Listenplätze der **HUMANWIRTSCHAFTSPARTEI** besetzen bei der Europawahl 2009 diese Mitglieder



Joachim Kretschmer

1.Vorsitzender LV Hamburg



Carsten Heine

Landesbeauftragter A3W Sachsen



Endre Zakocs

2.Vorsitzender HWP /Bayern



Friedebald Müller

1.Vorsitzender HWP /Niedersachsen

NWO-Überlegungen für eine Plattform zur Europawahl

Entwurf v. Georg Otto/A3W

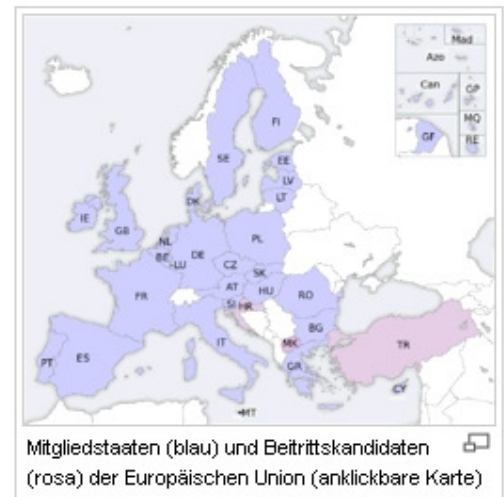
Der Parteitag der HWP verabschiedete aus Zeitgründen einen Entwurf nicht als Programm, wohl aber eine Kandidatenliste. Das hat den Vorteil aus Entwurf und Programm der HWP wie A3W und aus dem „Geist der NWO“ - (wie ihn der Verfasser versteht) - diese „Überlegungen“ zu formulieren und sie anderen NWO-Organisationen und Personen zur Mitarbeit vorzulegen. Die Zeit drängt, daher wäre es gut, wenn daran Mitarbeitende ihre Gedanken bis Ende 2008 vorlegen würden, damit sie zu Jahresbeginn eingearbeitet und in einer zweiten. Runde zur weiteren Diskussion vorgelegt und im März „verabschiedet“ werden können. Jede NWO-Gruppe, die damit zur E-Wahl arbeiten will, besonders die Kandidaten, können sich daraus „bedienen“ Evtl. ergibt sich noch eine weitere Unterstützung aus der NWO-Bewegung für die erste Beteiligung von NWO-Gruppen bei der E-Wahl im Juni 2009. Das sind die HWP, Bürgerinitiative (BI) A3W – ALTERNATIVE-DRITTER-WEG, die in Sachsen das Bündnis DRITTER WEG für HUMANWIRTSCHAFT bilden. Spitzenkandidaten sind Joachim Kretzschmar, Vorsitzender der HWP Hamburg und Carsten Heine, Sachsen-Beauftragter der BI - A3W.

Heutige Mitgliedstaaten

→ Hauptartikel: [Mitgliedstaaten der Europäischen Union](#)

Derzeit sind folgende 27 Staaten Mitglieder der Europäischen Union (offizieller EU-Code der Mitgliedstaaten in Klammern):

 Belgien (BE)	 Italien (IT)	 Rumänien (RO)
 Bulgarien (BG)	 Lettland (LV)	 Schweden (SE)
 Dänemark (DK)	 Litauen (LT)	 Slowakei (SK)
 Deutschland (DE)	 Luxemburg (LU)	 Slowenien (SI)
 Estland (EE)	 Malta (MT)	 Spanien (ES)
 Finnland (FI)	 Niederlande (NL)	 Tschechien (CZ)
 Frankreich (FR)	 Österreich (AT)	 Ungarn (HU)
 Griechenland (GR)	 Polen (PL)	 Vereinigtes Königreich (GB)
 Irland (IE)	 Portugal (PT)	 Republik Zypern (CY)



Europa demokratisch von unten, statt wie bisher bürokratisch von oben!

Möglichst viele Entscheidungen in Europa sollten auf den untersten Ebenen kommunal/regional – auch grenzüberschreitend, z.B. Elsaß-Oberrhein., Nord- Südtirol, zur Hochwasserabwehr für Oder und Elbe demokratisch von den Bürgern der Grenzregionen, getroffen werden. Was für ganz Europa zu entscheiden ist, gehört in die Kompetenz des von den Völkern Europas frei und ohne Klauseln zu wählenden Europa-Parlaments, dem die bisher vom Ministerrat der EU geschaffenen europäischen Organisationen künftig verantwortlich sein sollen und dem die Gesetzgebung – soweit sie nötig ist - zu übertragen ist. Die Nationalstaaten regeln weiter alle Aufgaben zwischen kommunaler und europäischer Ebene. Dabei ist die Überverwaltung und Überregelung der europ. Behörden massiv zu reduzieren.

Die Bürgerrechte sind zu stärken, auch über Volksentscheide selbst Gesetze zu erlassen oder Richtlinien und Gesetze der EU-Kommission, bzw. des Parlaments aufzuheben. Die gescheiterte EU-Verfassung ist demokratisch und antimilitaristisch und der EURO sozial gerecht neu zu regeln und von den Völkern Europas abzustimmen.

Nach dem Krieg setzte mit der Zentralisierung wirtschaftlicher Macht in Konzernen und Banken national, dann europäisch und zunehmend global eine Zentralisierung auch politischer Vorentscheidungen in Konzern- und Bankenzentralen ein, die durch das Lobby-Unwesen nicht nur in den Vorräumen der Parlamente und der Parteien, sondern auch in staatlichen und europäischen Verwaltungen installiert wurde. Es ist daher nur schwer erkennbar, was Aufträge des Staates und was Aufträge der Wirtschaft sind und wer sie in welcher Funktion ausführt. Die Entlarvung und Auflösung dieses Primats der Ökonomie über die Politik ist eine zentrale Aufgabe NWO-geprägter Politik und künftiger NWO-Vertreter in den Parlamenten. Die Politik darf nicht länger verschleiern die Interessen von Wirtschaftsgruppen vertreten. Das Übergewicht der Wirtschaft über die Politik ist letztlich erst aufzulösen, wenn der Zwang zur Kapitalkonzentration durch Dezentralisierung überwunden wird. Das aber setzt eine Neustrukturierung europäischer Geld- und Währungspolitik voraus, die die Geldherrschaft selbst auflöst, die bisher jede Demokratie zur Scheindemokratie verfälschte. Dazu wird von der NWO-Bewegung die nachfolgend beschriebene Geld- und Währungspolitik vorgeschlagen.

Europa sozial gerecht, ohne Ausbeutung der Arbeit, ohne Inflation und Deflation. Die Gemeinschaftswährung, der EURO, ist neu zu gestalten.

Die erhofften Wirkungen der Preisstabilität und der Befreiung Europas von Arbeitslosigkeit wurden nicht erfüllt. Der Hauptfehler der Hortungsfähigkeit des Geldes wurde aus den Einzelwährungen in den EURO übertragen. Daher ist der EURO vor Arbeitslosigkeit (Deflation), Ausbeutung der Arbeit durch das Kapital, (Gegensatz von arm und reich) aber auch vor Geldwertverfälschung (Inflation) nicht sicher.

Weil Geld dem Wirtschaftskreislauf - wie wir es jetzt erleben - durch Spekulationen entzogen werden kann, können von Arbeitslosigkeit bedrohte Arbeiter und von Pleite bedrohte Unternehmer von den Geldhortern **g e z w u n g e n** werden, für das für die Produktion nötige Geld Zins zu zahlen, der dann in den Preisen aller Produkte und in den Steuern für die Staatsschulden letztlich von den Verbrauchern gezahlt werden muss! So ist die Hortungsfähigkeit des Geldes auch die Quelle der Ausbeutung der Arbeit, des Gegensatzes von arm und reich, also des Kapitalismus. Geld, das nicht zu 100% als Tauschmittel im Umlauf sein muss, ist nur schwer von der Zentralbank zu steuern, die Hortgelder zur

UMLAUFGELD als Zweitwährung in den Einzelländern, z.B. in der BRD.

Gelingt es der NWO-Bewegung nicht, die Parteien und Regierungen, die derzeit in der EU das Sagen haben von der Überlegenheit eines umlaufgesicherten EUROS zu überzeugen, so ist als Alternative die Einführung von Umlaufgeld als Zweitwährung in den Einzelländern anzustreben. Scheitert auch dieses am Widerstand anderer Länder, so behält sich eine spätere NWO- beeinflusste Bundesrepublik das Recht vor den EURO aufzukündigen und in der BRD umlaufgesichertes Geld einzuführen. Das kann jetzt vorbereitet werden: In 50 Regionen gibt es Initiativen, die regionales Umlaufgeld vorbereiten und in ca. 30 Regionen laufen solche REGIO-Gelder bereits um. Je

Vermeidung noch tieferer Deflation durch meist zu hoch geschätztes Inflationsgeld ersetzt, was Löhne, Renten und Ersparnisse entwertet..

Der EURO ist neu so zu gestalten, dass er dem Kreislauf nicht zu entziehen ist. Dafür gibt es ein einfaches und erfolgreich erprobtes Mittel. **Geld horten muss selbst Geld kosten! Wer 5 – 10% des Hortgeldes verliert, wird nicht mehr Geld horten. Der Kreislauf der Wirtschaft ist dann geschlossen: Geld m u s s Nachfrage nach Waren und damit nach Arbeit halten, es m u s s sich schließlich auch bei gegen null sinkendem Zins für Investitionen anbieten.** Und die Zentralbank weiß dann ganz genau: Auch der letzte von ihr ausgegebene EURO ist im Umlauf, sie braucht also – nicht mehr Hortgelder durch neues Geld zu ersetzen, um die Deflation zu stoppen, wobei sie meistens in die Inflation reinrutscht. (Wie das sehr einfach geschehen kann, erläutern wir in unseren Infos, Zeitungen und Webseiten. Adressen am Schluss des Textes)

dichter die BRD mit REGIOGELD vernetzt wird, umso reibungsloser kann der EURO als Binnenwährung ersetzt und nur noch für den „Außenhandel“ genutzt werden. Das funktionierte mit 300-jährigem UMLAUFGELD der Hanse und Gotik von ca. 1150 – 1450, als es alle 30 - 50 km „fremde“ Währungsgebiete gab, die in ihrer Region oder Stadt Wohlstand, große Gerechtigkeit und ein hohes Maß an bürgerlichen, aber auch an politischen Freiheiten gewährleisteten. Stadtluft machte damals bekanntlich frei und der Aufschwung der Städte löste auch die Bauern aus der Hörigkeit der Grundherren. Für den Fernhandel wurde meist Gold oder Silber benutzt.

Grundzüge europäischer Umwelt-, Gesundheits-, und Technologiepolitik

Die industrielle Entwicklung, besonders Großchemie, Agrarchemie, Atomindustrie, Pharma und Gen-Technik führen mit ihren Produktionen und mit ihren Produkten grenzüberschreitend zu Verseuchungen von Luft, Boden, Wasser, Gesundheit der Menschen und des Erbgutes von Pflanzen, Tieren und Menschen. Gegen diese Schäden können sich die Menschen durch gesundes Leben und Ernährungen, biol. Gartenbau und Naturmedizin nur bedingt schützen. Gegenstrategien sind national sowohl quantitativ wie qualitativ unterschiedlich und kämpfen oft wirkungslos gegen die überlegenen Schadstoffkonzerne an. Solange diese nationale, europäischen und globalen Gremien infolge ihrer Kapitalmacht beherrschen, versuchen sie notwendige europäische Regelungen möglichst auf den niedrigsten Standards durchzusetzen. Das würde Länder mit schärferen Regelungen zwingen, diese aufzugeben. **Gegen diese Entwicklungen setzen wir in Zusammenarbeit mit den Alternativbewegungen sowohl auf europäischer wie Länderebene auf hohe Normen des Umwelt- und Gesundheitsschutzes, die den Konzernen abzurufen sind.**

Die Macht der Konzerne und Banken ist durch die neue europäische Geld- und Währungspolitik aufzulösen. Erst dann können umwelt- und gesundheitswidrige Verfahren und Produkte teils mit Verboten, teils über eine neue und alternative Steuerpolitik in den Einzelländern durchgesetzt werden. Der derzeitige Primat der Kapitalrendite über Umwelt und Gesundheit kann dann gebrochen werden. Grundzug der neuen Steuerpolitik ist die Befreiung der Arbeit von Steuern und die Besteuerung des Verbrauchs – und hier besonders des Umweltverbrauchs. Ziel ist umwelt- und gesundheitsschädliche Verfahren und Produkte hoch und Verfahren und Produkte die Umwelt und Gesundheit aufbauen, niedrig oder gar nicht zu besteuern, so dass ein Umsteigen der Produzenten und Verbraucher bewirkt wird.

Schwerpunkte der NWO-Politik auf allen politischen Ebenen – kommunal-regional, im Bund und für Europa: Alternative Energien contra Atomstrom und Verbrennungsprozesse, Naturgemäße Vollwertkost contra entwertete Industrienahrung, Naturmedizin contra Pharmaindustrie, ökologische Landwirtschaft contra Agrarchemie und GEN-

Technik. Ein starker Hebel zur Durchsetzung der alternativen Verfahren und Produkte wird neben ihrer gezielten Steuerung durch die neue Steuerpolitik **die durch die neue Geldpolitik bewirkte Senkung der Kapitalkosten (Zinsen)**

in den Nullbereich sein, die alternative Verfahren und Produkte gegen die Schadindustrien konkurrenzfähig macht.

Der Boden und seine Schätze in Europa. Rohstoffpool.

Der Philosoph Jean Jacques Rousseau sah den Beginn gesellschaftlich – politischer Fehlentwicklungen darin, dass der erste, der vier Pfähle in ein Stück Land rammt und alle darin wohnenden Menschen zwang, daraus nicht zu fliehen, Herrschaft über und Ausbeutung der Menschen durch das Bodenmonopol begründete. Noch heute können Eigentümer des Bodens alle vom Boden abhängigen, nämlich alle Menschen, für die Überlassung eines Schlaf- und Arbeitsplatzes und des Bodens für die Ernährung zwingen, für die zum Überleben nötige Überlassung des Bodens eine Pacht oder einen Preis zu zahlen. Gelingt es den EURO, wie schon beschrieben, zu reformieren, so dass er sein Angebot nicht mehr von der Erpressung eines Zinses abhängig machen kann, so würde sich das „Geld ohne Zins“ auf den Boden stürzen, Preise und Pachten hochtreiben, so dass die Geldherrschaft durch einen neuen Bodenfeudalismus abgelöst würde. Eine Reform des Bodenrechts kann auf allen

Für einen europäisch – globalen

politischen Ebenen erfolgen: Kommunal, in den Bundesländern und im Bund: Länder und Gemeinden können ihre Vorkaufsrechte nutzen und Landreserven (Bodenfonds) für öffentliche Zwecke – auch zum Tauschen – erwerben, eigenes Land für Verkäufe sperren und es nur noch – auch im Erbbaurecht – gegen ökologische und soziale Auflagen verpachten. So bleibt der Bodenzins in ihrer Kasse. Vor allem haben sie dann mehr Planungshoheit. Bei privaten Böden kann der Bodenwertzuwachs abgesteuert werden. Daraus und aus den Pächterträgen (Bodenzins) ist die gesellschaftlich wichtigste Arbeit, nämlich die zu ihrer Erhaltung nötige Erziehungsarbeit als Erziehungsgehalt zu finanzieren. Seit Begründung des Bodenmonopols floss der Bodenzins privaten Bodeneignern als für sie arbeitsfreies Einkommen zu, das auf der Ausbeutung derer beruhte, die als Nichtbodenbesitzer von ihnen abhängig waren.

Das Erziehungsgehalt, das meist von den Müttern in Anspruch genommen würde: Ein Beitrag zur Befreiung der Frau aus männlicher Abhängigkeit

Helmut Creutz errechnete aus den Daten von 1983 für die Alt-BRD aus dem aufkommenden Bodenzins ein Erziehungsgehalt von monatlich über 700 DM für jedes Kind bis zum 18. Lebensjahr. Heute dürften das 1000 DM, und mehr sein, bzw. 500 €. Darauf haben Mütter und Erziehende aus Sicht der NWO-Bewegung einen Rechtsanspruch, denn der Bodenzins entspringt ihren Leistungen zur Erhaltung der Gesellschaft. Der Gesamtbodenzins entspricht der Bevölkerungsdichte und wurde bisher auf Grund ihres Monopols von den Privateignern ohne eine Leistung . kassiert.

Der Boden war immer Streitgrund zwischen den Völkern. Eine Nationalisierung der Bodenschätze hat daran nichts geändert. Im Grunde gehört der Boden und seine Schätze in die Hände aller Menschen der Erde. Die Kriege um Rohstoffe sind heute noch schärfer als früher die Kriege um Weideland und Wasserquellen. Das war in den letzten 10 Jahre um den Kosovo, um Irak und Afghanistan der Fall. **Letztlich ging es um Öl und die Wege zum und vom industriell wie militärisch wichtigen Öl und um die wichtigen Rohstoffe.**

Die NWO-Bewegung strebt ein internationales Welt-Rohstoffrecht an. Unter der Kontrolle der UN soll ein Weltrohstoffpool die Förderrechte an Rohstoffen unter ökologischen, sozialen und friedenspolitischen Kriterien verpachten. Pächter können neben Privatunternehmen auch Genossenschaften, aber auch Staaten sein, die der Entnationalisierung der in ihrem Gebiet vorhandenen Rohstoffe zustimmen. Die Pachteinahmen sollen unter Mitwirkung internationaler Organisationen für Kinderrechte den Kindern der Welt, zeitlich befristet bevorzugt den Kindern der besonders rohstoffreichen und meist ärmsten Länder für gesundes Wasser , ausreichende und gesunde Ernährung und für bessere Bildung zugute kommen. Eine solche Regelung würde es den Rohstoffstaaten erleichtern, der Entnationalisierung ihrer Bodenschätze zuzustimmen und sie für diese wichtige Friedensgrundlage für die Welt zu gewinnen. Europa sollte bei dieser Friedenspolitik vorangehen und zunächst einen EURO-Rohstoffpool als Keimzelle eines Weltrohstoffpools bilden, das besser den Weltfrieden sichern kann, als die in der vorläufig gescheiterten EU-Verfassung vorgesehene Militarisierung der EU.

BODENPOLITISCH WÄRE DAS SKIZZIERTES ÖKOLOGISCHE, SOZIALE UND PAZIFISTISCHE BODENRECHT, DAS VON DEN GEMEINDEN UND DEN LÄNDERN AUS ZU ENTWICKELN IST, GEKRÖNT DURCH EIN EUROPÄISCHES UND SPÄTER INTERNATIONALES WELT-ROHSTOFFRECHT, DER DRITTE WEG ZUM PRIVATEN RAUBRECHT AM BODEN UND DEM IN DER SOWJET-UNION BEREITS GESCHEITERTEN STAATSEIGENTUM AM BODEN.

I N S E R A T: Die Dominanz des Englischen ist kein Zufall, sondern eine gezielte Beeinflussung zum Vorteil der englisch sprechenden Länder, denn mit Englisch als Muttersprache ist dieser Teil der Welt allen anderen Nationen überlegen. Die Kosten der internationalen Verständigung lasten einseitig auf den Schultern der nicht Englisch sprechenden Länder und ist für sie eine wirtschaftliche Benachteiligung. Mit der internationalen Sprache **Ido**, die zehnmal leichter zu erlernen ist als Englisch, bestände Chancengleichheit mit anderen Sprachen. Unterstützen und Lernen Sie Ido! **Weitere Informationen gegen 0,55 c. in Briefmarken. Kurskurs 2,50.** Deutsche Ido-Gesellschaft e4.V. 37284 Waldkappel-Burghofen, Thüringer Str. 3
Tel: 05656/634 Fax: 05656/1812 alfred.neussner@ido.li www.idolinguo.de

Impressum: ALTERNATIVEN– Zeitschrift für Liberalsoziale Ordnung – LSO – vertritt die Freiheitsziele des Liberalismus und Anarchismus und die Gerechtigkeitsziele der Weltreligionen, des Humanismus und Sozialismus. Hrsg.: Bürgerinitiative A3W-ALTERNATIVE DRITTER WEG Abo im A3W-Beitrag incl., Regelbetrag 25 E. Frei-Abo und Frei-Mitgliedschaften möglich, auch geringere Beträge. Zusätzliche Spenden steigern unsere Arbeit. 2009: 2mal mind, 28 Seiten i. J.. Konto: A3W – Alternativer dritter Weg – Nr. 31 000 12371 SpK ON BLZ: 850 501 00. Red: G. Otto, 31079 Eberholzen, Gänseberg 11, T.: 05065/8132 - alternative-dritter-weg@t-online.de -www.alternativen.biz.- Druck J. Lühmann, 31167 Bockenem, Marktstr. 3.

Aufbau eines Mail-Werbenetzes: Für diejenigen, die einen dichteren Informationszeitraum wünschen, besteht jetzt die Möglichkeit, aktuelle – aber auch grundsätzliche Nachrichten zwischendurch per Mail zu verbreiten. **Dazu brauchen wir aber mehr Mail-Adressen aus dem Kreis der Interessenten und LeserInnen als bisher.** Auch sollten die MailempfängerInnen ihrerseits ihren Empfängerkreis mit diesen Nachrichten beliefern. **Das wäre eine Gegenwehr gegen das von den großen Medien aufgebaute Meinungsmonopol gegenüber unbequemen Außen-seiterpositionen**, wie wir sie in dieser Nummer mit Stellungnahmen zur sich verstärkenden Weltwirtschaftskrise und zu den Möglichkeiten des Aufbaues einer Zukunftspartei, der HWP anbieten. **Mailen Sie uns bitte Ihre M.-Adresse!**

Der neue Kassierer von A3W, **Michael Krenz, 02943 Weißwasser, Straße der Einheit 21**, hat die Arbeit aufgenommen. Das neue Konto für Zeitung und A3W- Beitrag lautet: **A3W-Alternative Dritter Weg Konto Nr. 31 000 12371 Sparkasse Oberlausitz-Niederschlesien, abgekürzt SpK-ON - BLZ: 850 501 00.** Wir bitten um vollständige Absenderangaben. Bitte das Konto G. Otto immer weniger benutzen und auf das neue Konto umstellen.

Vorschau auf die nächste Nummer – Frühjahr 2009: Es liegt ein recht interessanter Aufsatz von Harald Heidenreich zur NWO-Familienpolitik (Erziehungsgehalt) vor. Von G. Otto ist per Mail bereits abzurufen: Vegetarische Weltpolitik zur Sicherung der Volksgesundheit, des Weltklimas, der Rettung der Regenurwälder und zur Sicherung des Weltfriedens.(Per Post € 2,-) HH: Frost arbeitet an seinem Computermodell über den nicht zu vermeidenden Crash des Zinnsystems. Von A3W wird ein NWO-Modell zu einem GRUNDEINKOMMEN vorgelegt. Von Bundeswehroberst Ros gib es eine Privatmeinung über den nicht zu gewinnenden Krieg in Afghanistan – ein Krieg, der nicht zu Ende gehen darf, damit die US das Land nicht räumen müssen, sondern als strategischen Brückenkopf gegen Russland und China, wie zur Einhegung Indiens und zur Kontrolle des Iran halten können. Auch ist die Ableitung der riesigen Öl- und Gasvorkommen Kasachstans und des Kaspischen Beckens über die Türkei und eine schon lange vor dem 11. 9. 2001 (Anschlag auf das WTO-Center in New York) von den US-Konzernen geplante Pipeline von den Lagerstätten über Afghanistan-Pakistan zur Verschiffung über den Indischen Ozean nach den USA zu sichern. Dann gibt es Informationen über den Stand der Unterschriftensammlung zur Europawahl.

Unser Bücherdienst kann in den letzten Nummern angebotene Bücher liefern, – auch die in dieser Nummer genannten Titel von Helmut Creutz und von Prof. Bernd Senf.. Sie sind mit einigen Ex. vorrätig. Das Büro ist allerdings vom 14.- 21. 12 nicht besetzt. Bis dahin eingehende Bestellungen werden am 22. 12. ausgeliefert. Bernd Senf: „Der Nebel um das Geld“ € 18,-, „Die blinden Flecken der Ökonomie – Wirtschaftstheorien in der Krise“ noch einige Ex. der alten Auflage € 15,-. Die neue Auflage zu € 21,- und „Der Tanz um den Gewinn“ € 19,50. Sonst nennen wir: Sylvia Führer „Die Münze Nuria“ € 15,-(habe ich mit meinem 10-jährigen Enkel sehr erfolgreich vorgelesen und durchgearbeitet), Detlev Ouart „Mit Zuckerbrot und Peitsche“ € 16,- // Günter Bartsch „Freiheit und Gerechtigkeit – Enzyklopädie des Liberalsozialismus mit 28 Lebensbildern von Alexander Herzen und George Sand über Pierre Proudhon, Silvio Gesell, Prof. Franz Oppenheimer und Rudolf Steiner bis zu Tolstoi, den Anarchisten Gustav Landauer, Emma Goldmann, Kurt Rocker zu Milovan Djilas und Stefan Heym und dessen DRITTEM MODELL im Freistaat Schwarzenberg, das wir demnächst besprechen. Über Wörgl gibt es neu „Der Welt ein Zeichen geben, € 15,-, Zum Geld des Mittelalters von Karl Walker „Geld in der Geschichte“ €22,-.W. Onken: „Modelversuche mit sozialpflichtigem Geld und Boden € 7,50. **Ihre Bestellungen stärken unsere Wahlkampfkasse in Sachsen!**“

Bitte deutlich ausfüllen, abtrennen u. einsenden: ALTERNATIVEN - 31079 Eberholzen, Gänseberg 11
Ich unterstütze die BI A3W als Mitglied (...), als Förderer (...) Abonnet von ALTERNATIVEN (....) ab 2008 mit zunächst jährlich € Der Regelbeitrag ist € 25,- incl. ALTERNATIVEN für Förderer und Mitglieder. Frei-Abos, Freimitgliedschaft und Beträge unter dem Regelsatz sind möglich. Höhere Beträge stärken unsere Arbeit besonders im Wahljahr 2009. Sie können Ihre Meldung auch formlos vornehmen.

Name, Vorname:

PLZ/Adresse:

Tel./Mail:

Unterschrift:

Helfen Sie auch durch Mitgliedschaft die Bürgerinitiative DRITTER WEG zu stärken!